Volksstimme

Einzelpreis 30 Pf.

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volksstimme" erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur Emil Müller, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Lindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Große Münzstraße 3. — Fernsprechanschlüsse: Für Inserate 1567, für die Redaktion 1794, für den Verlag u. die Druckerei 961. Postzeitungsliste 1. Nachtrag, Seite 17.

Bezugspreis: Vierteljährlich einschl. Zustellung 18.00 Mk., monatlich 6.00 Mk. Beim Abholen vom Verlag und den Ausgabestellen vierteljährlich 17.10 Mk., monatlich 5.70 Mk. Bei den Postanstalten viertelj. 18.00 Mk., monatl. 6.00 Mk. ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 30 Pf. — Anzeigengebühr: die 8gespaltene Nonpareillezeile 1.00 Mk., im Reklameteil Zeile 3.50 Mk., Vereinskalender Zeile 50 Pf. Anzeigen-Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 4 Wochen Zahlung erfolgt. — Postscheckkonto: Nr. 5258 Berlin.

Nr. 155. Magdeburg, Dienstag den 6. Juli 1920. 31. Jahrgang.

Regierung der Krisen.

Man behauptet oft, daß die Regierungen am längsten leben, denen man das rascheste Ende vorausgesagt hat. Würde die Behauptung auf das Kabinett Fehrenbach zutreffen, so müßte es hundert Jahre alt werden. Einstweilen gibt es niemand, der an seine lange Dauer glaubt.

Die ungünstigen Voraussagen werden noch verstärkt durch ein kleines Nachspiel, das sich der großen Programmdebatte anschloß. Die Deutsche Volkspartei rückte Herrn Fehrenbach auf die Bude, um gegen den Reichsfinanzminister Dr. Wirth Beschwerde zu erheben, weil dieser am Freitag mit Herrn Helfferich nicht sänftiglich verfahren sei. So groß ist trotz allen Geredes vom zerschnittenen Tischtuch noch immer die Solidarität der Helfferiche und Stresemänner. Schlägt man auf die einen los, so heulen die andern getroffen auf.

Beide Rechtsparteien können über die alte Koalition gar nicht genug schimpfen, damit haben sie ja ihr Wahlgeschäft gemacht. Die Minister der neuen Regierung haben aber, von den volksparteilichen abgesehen, die alte Koalitionspolitik mitgemacht und haben daher das Recht, einigermaßen empfindlich zu sein, wenn die vergangene Regierung, der sie ja selber auch angehörten, in demagogischer Weise angegriffen wird. Wagen sie aber, sich gegen solche Angriffe zu wehren, so kommt schleunigst die Deutsche Volkspartei herbeigelaufen, um mit drohend erhobenem Finger zu erklären, daß das nicht mehr erlaubt sei.

Der parteioffiziöse „Berliner Lokal-Anzeiger" erklärt, daß die Deutsche Volkspartei diesmal noch nicht die Kabinettsfrage stellen wolle mit Rücksicht auf Spa. Es besteht also anscheinend die Absicht, nach Spa den aus der alten Koalition übernommenen Ministern zu erklären, entweder müßten sie sich einen Maulkorb anlegen lassen oder auf ihre Portefeuilles verzichten. Das müßte aber sehr rasch zu einer

Krise des Kabinetts Fehrenbach

führen, da die meisten Minister aus den Reihen des Zentrums und der Demokraten gar keine Lust haben, sich von der Volkspartei terrorisieren zu lassen.

Was geschehen soll, wenn das Kabinett Fehrenbach auseinanderfällt, ist allerdings eine Frage, die nach den ersten Verhandlungen des neuen Reichstags noch viel verwickelter erscheint als zuvor. Wer diese ersten Sitzungen mit erlebt hat, wird die Hoffnung auf die Bildung einer

die Unabhängigen umfassende Linksmehrheit

für absehbare Zeit aufgeben müssen. Eine Fraktion, die ganz unter Ledebours Führung steht und deren Mitglieder meist noch einige Jahre Lehrzeit brauchen, um sich überhaupt erst in den Irrgängen der Politik zurechtzufinden, ist zu positiver Arbeit bis auf weiteres unfähig. Sie wird sich auf die Rolle der unentwegten Opposition beschränken müssen, und man muß schon froh sein, wenn wenigstens bald der kindische Radau aufhört, mit dem die parlamentarischen Neulinge der äußersten Linken ihre radikale Gesinnungstüchtigkeit täglich aufs neue zu beweisen versuchen.

Fällt also die Regierung Fehrenbach, so wird die Kabinettsbildung noch unendlich viel schwieriger, als wie es nach dem Rücktritt der Regierung Hermann Müller gewesen ist. Die Aufgabe kann sich dann als ganz unlösbar erweisen, so daß dem Reichspräsidenten dann nur noch das letzte Mittel bliebe,

den neuen Reichstag nach Hause zu schicken

und Neuwahlen zu veranstalten. Ein Erfolg im Sinne der Möglichkeit einer Regierungsumbildung würde aber auch dann nur eintreten, wenn entweder die beiden Rechtsparteien noch viel stärker würden oder wenn es den alten Koalitionsparteien gelänge, ihre parlamentarische Basis durch einen ansehnlichen Mandatzuwachs wieder zu erweitern. Die Unabhängigen kommen auf keinen Fall in Betracht, da sie sich ja in grundsätzlicher Isolierung halten, daran aber, daß sie für sich allein die Mehrheit erhalten könnten, ist natürlich gar nicht zu denken.

Daß die sozialdemokratische Fraktion das

Mißtrauensvotum der Unabhängigen

gegen Fehrenbach abgelehnt hat, wird unter solchen Umständen in allen Parteikreisen verstanden werden. Denn der Sturz Fehrenbachs bedeutet — ganz abgesehen von den Schwierigkeiten, die er den Verhandlungen in Spa bereitet hätte — für die Sozialdemokratie gar nichts andres als die Wahl, entweder ein Abrutschen der Regierung nach rechts „bis an die Wand" ruhig dulden oder selber wieder einen Anteil an der Regierungsgewalt übernehmen zu müssen. Sie zieht es vor, die Regierung Fehrenbach als das augenblicklich kleinste Uebel mit Schonung zu behandeln, solange nicht die Handlungen der Regierung zu einem entgegengesetzten Verhalten herausfordern.

Positiv hat die Sozialdemokratische Partei dem Antrag Trimborn zugestimmt, der weiter nichts besagt, als daß der Reichstag die Erklärung der Regierung zur Kenntnis genommen habe und von ihr erwartet, daß sie nach ihrem Programm handeln werde. Weder wird in diesem Antrag, der zum Beschluß erhoben wurde, der Regierung das Vertrauen ausgesprochen, noch auch nur die von ihr abgegebene Erklärung gebilligt. Der Reichstagsbeschluß ist weiter nichts als

eine Beauftragung auf Frist,

zum mindesten für die Verhandlungen von Spa.

Auch diese Verhandlungen selbst können die im Schoße der neuen Regierung ruhenden Gegensätze zum Ausbruch bringen und eine neue innere Krise heraufbeschwören. Man soll darum nicht denken, durch die Ernennung des Kabinetts Fehrenbach habe Deutschland für längere Zeit ausgesorgt. Neue Sorgen und Schwierigkeiten und mit ihnen auch neue Wahlen können mit unheimlicher Geschwindigkeit an uns herantreten. Es gilt also aufzupassen und sich bereit zu halten. —

Die Verhandlungen von Spa.

Am Sonnabend sind die Verhandlungen von Brüssel, wo die Alliierten nochmals versuchten, eine Einheitsfront gegenüber Deutschland herzustellen, geschlossen worden und am Montag, vormittags 11 Uhr, begannen in Spa die Verhandlungen zwischen den Regierungen der Alliierten und Deutschland. Wie Havas meldet, wird als erster Vertreter der Alliierten Foch das Wort nehmen und die Vertragsbestimmungen vorlesen, die Deutschland durch „offenbaren bösen Willen" nicht ausgeführt oder vernachlässigt habe. Bei den übrigen Vertragsbestimmungen, wo „nur" Unvermögen die Ausführungen behindert hat, will man fünf gerade sein lassen. Ueberhaupt scheint eine mildere Stimmung schließlich vorherrschend zu sein. Doch warten wir das Ende ab.

Nach dem „Temps" ist der Verteilungsschlüssel, der von Deutschland zu leistenden Entschädigung, in Brüssel nochmals geändert worden, und zwar folgendermaßen: Frankreich 52 Prozent, England 22 Prozent, Italien 10 Prozent, Belgien 8 Prozent, Jugoslawien 5 Prozent; die übrigen 3 Prozent verteilen sich auf Rumänien, Japan (!) und Portugal. (Und die Polen?) Also Frankreich und England haben je 3 Prozent abgegeben, hauptsächlich zugunsten Belgiens. Daß man Belgien mit 8 Prozent abspeise, Polen leer ausgehen läßt, während England 22 Prozent einsackt, ist charakteristisch genug.

Die deutsche Regierung hat für die Konferenz in Spa den Alliierten zwei amtliche Denkschriften und ein Gutachten der wirtschaftlichen Sachverständigen zugehen lassen. Es wird darin besonders die Leistungsfähigkeit Deutschlands erörtert, die Steuerbelastung dargestellt und es werden die verheerenden Folgen des langen Waffenstillstandes geschildert. Eingehend wird auseinandergesetzt, welches die Bedingungen für Deutschlands Leistungsfähigkeit seien. Deutschland brauche vom Juli 1920 bis Juli 1921 4½ Milliarden Nahrungsmittel vom Ausland und 300 000 Tonnen Rohphosphate, die zunächst nur durch auswärtige Kredithilfe beschafft werden können.

Weiter ist es erforderlich, daß Deutschland, da es nicht genügend exportieren kann, einen Teil seiner lebendigen Kräfte ins Ausland sendet, um durch werbende Arbeit einen weitern Betrag aus ausländischen Zahlungsmitteln zur Abgeltung seiner Wiedergutmachungsschuld zu erhalten. Die Sachverständigen halten es, solange andre Betätigungsmöglichkeiten größerer Bevölkerungsmassen im Ausland den Deutschen durch Kolonien nicht gewährt werden, für unerläßlich, daß die Verhandlungen über eine Arbeitsbeteiligung beim Wiederaufbau Frankreichs mit allem Nachdruck fortgesetzt und einem greifbaren Ergebnis zugeführt werden.

Die Bedingungen, um ein deutsches Angebot für die Wiedergutmachung in Vorschlag bringen zu können, sind:

Deutschland wird im Wege der Gegenseitigkeit Meistbegünstigung, wirtschaftliche Gleichberechtigung und Rechtssicherheit im Ausland gewährt.

Der Wirtschaftsfrieden wird durch ausdrücklich zuzusagende Nichtanwendung der Repressalienklausel gesichert.

Deutschlands Wirtschaftshoheit im Inland bleibt unangetastet.

Deutschlands Einheit als Zollgebiet wird durch leiderlei Eingriffe gefährdet.

Freier Verkehr mit Ostpreußen wird gewährleistet.

Die Lasten aus der Okkupation werden durch Begrenzung gemildert.

Die Restitutionen der aus den besetzten Gebieten weggeführten Gegenstände müssen in das System der Wiedergutmachungsschuld eingegliedert werden.

Die finanzielle Auseinandersetzung mit den ehemaligen Bundesgenossen wird unter Mitwirkung der Entente ermöglicht.

Deutschland wird der zu seiner Existenz notwendige Schiffsraum zur Verfügung gestellt.

Der Gegenwert der bereits liquidierten und das Eigentum an den noch nicht liquidierten Rechten und Interessen im Ausland bleibt den Berechtigten zu unmittelbarer Verfügung erhalten.

Die Erhaltung Oberschlesiens bildet die unerläßliche Voraussetzung jeder Wiedergutmachungsverpflichtung für Deutschland.

In einem Interview, das der deutsche Außenminister Dr. Simons ausländischen Pressevertretern am Sonntag in Spa gab, erklärte dieser auf die Frage, ob Deutschland eine bestimmte Summe nennen würde, die es unter allen Umständen zahlen wolle, das sei natürlich ausgeschlossen. Aber wenn es durch eingehende freimütige mündliche Verhandlungen gelänge, volles Einverständnis über gewisse Voraussetzungen zu erlangen, so werde Deutschland sehr wohl in der Lage sein, ein festes Angebot zu machen. —

Neues Kabinett in Oesterreich.

Nach Wiener Pressemeldungen wird sich das Notkabinett, das die Geschäfte bis zu den Neuwahlen führen soll, folgendermaßen zusammensetzen: Als Vertreter der Christlichsozialen: Handel Heinl, Landwirtschaft Haneis, Inneres Breisky, Kultus Unterstaatssekretär Miklas, Verfassung Dr. Mayr, voraussichtlich zugleich als Leiter der Staatskanzlei, ferner soziale Verwaltung Unterstaatssekretär Resch; als Vertreter der Großdeutschen: Justiz Präsident des Obersten Gerichtshofs Doktor Roller; als Vertreter der Sozialdemokraten: Staatssekretär für soziale Verwaltung Hanusch, Aeußeres Doktor Renner, Heer Dr. Deutsch, Unterricht Unterstaatssekretär Glöckel, Sozialisierung Staatssekretär Ellenbogen, Gesundheitsamt Unterstaatssekretär Tancler, Finanzen Doktor Reisch, Volksernährung Löwenfeld-Ruß.

Die Nationalversammlung soll mit dem 31. Oktober ihr gesetzliches Ende finden. Die Neuwahlen werden auf Sonntag den 17. Oktober festgesetzt. —

Lemberg gefallen?

Aus Brüssel wird „Daily Mail", dessen Zuverlässigkeit nicht sehr groß ist, telegraphiert, Lemberg sei in die Hände der Roten Armee gefallen.

Daß diese Meldung nicht ganz unbegründet zu sein scheint, bestätigt das folgende Telegramm der amtlichen Agentur Havas und Reuter aus Brüssel:

> Es bestätigt sich, daß die Konferenz alarmierende Nachrichten über die Fortschritte der Bolschewisten gegen Polen erhalten hat. Foch und Wilson haben den Auftrag, die militärische Lage zu untersuchen.

Möglicherweise hängt mit diesem Auftrag schon die teilweise Mobilisation der französischen Armee zusammen. Das französische „Journal officiel" veröffentlicht nämlich die Ermächtigung des Ministerrats an den Kriegsminister, folgende Truppen der französischen Armee unter die Waffen zu rufen: alle Jahrgänge von 1895 bis einschließlich 1902, ferner alle Unteroffiziere der Jahrgänge 1889 bis 1894.

Aus der Nachricht geht nicht hervor, weshalb Frankreich diese Mobilisation vornimmt. Es scheint jedoch die Absicht zu bestehen, größere französische Truppenmassen nach Kleinasien oder Polen zu senden.

Nach einer „Times"-Meldung aus Brüssel verkünden die Bolschewisten neue große Erfolge in Polen. Die Rote Armee stehe 5 Kilometer vor Kowno. —

Nach Moskau!

In Moskau findet zurzeit der Kongreß des Vollzugsausschusses für die dritte Internationale statt, auf dem die Tendenz deutlich zum Ausdruck kommt, die schwankenden sozialistischen Parteien in Westeuropa zu zwingen, ihren Standpunkt endgültig festzulegen. Cachin und Frossard, die französischen Delegierten, verhandelten über die Bedingungen, unter denen die französischen Sozialisten in die dritte Internationale eintreten könnten. Man machte ihnen aber klar, daß sie alle Gedanken einer

Bastard-Internationale

fallen lassen müßten und sich für die Diktatur des Proletariats sowohl durch die revolutionäre Propaganda als auch durch die revolutionäre Tat entscheiden müßten. Ebenso sind die deutschen unabhängigen Sozialisten durch ein Schreiben, unterzeichnet von sämtlichen Mitgliedern des Vollzugsausschusses der dritten Internationale gewarnt worden, daß sie ihre Bastard-Internationale verlassen müßten, mit der einige Führer seit dem Leipziger Kongreß kokettierten. Die Unabhängige Partei ist aufgefordert worden, Delegierte zur dritten Internationale zu entsenden, und zwar ohne Verzögerung. Der Zentralorganisation ist zu verstehen gegeben worden, daß die französischen und deutschen sozialistischen Parteien von ihren Thomas, Kautsky, Hilferding, Crispien und Turati befreit werden müßten, sonst würden im Fall einer Revolution diese Schwankenden der Revolution in den Rücken fallen. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß eine ähnliche Warnung auch an die deutschen Kommunisten abgehen wird, da diese nachgelassen haben, die Bewegung im Ruhrgebiet zu unterstützen.

Nach Meldungen aus dem Haag hätten sich die deutschen Unabhängigen, nachdem sie aus der zweiten Internationale ausgetreten, nach Moskau gewandt, um dort eine Annäherung an die dritte Internationale und die

Gründung einer neuen ausgedehnteren Internationale

vorzubereiten. Die Antwortnote des Moskauer Vollzugsausschusses stellte nun zehn Punkte auf, zu denen die Unabhängige Partei sich restlos bekennen müsse, um der Aufnahme in die dritte Internationale gewürdigt zu werden. Sie lauten:

1. Die Diktatur bedeutet das Wegjagen der Bourgeoisie durch eine revolutionäre Vorhut im Gegensatz zu der Auffassung, daß man erst die Mehrheit bei den Wahlen haben müsse. Durch die Diktatur bekomme man die Mehrheit und nicht durch die Mehrheit die Diktatur.

2. Die Diktatur bedeutet Anwendung von Gewalt und Terror.

3. Diejenigen, welche bei dem gegenwärtigen kapitalistischen Terror und dessen Grausamkeiten den Bürgerkrieg verurteilen und vor ihm zurückschrecken, sind in Wirklichkeit reaktionär geworden.

4. Die Diktatur des Proletariats und die Herrschaft der Sowjets bringt die Notwendigkeit mit sich, den Apparat des bürgerlichen Staates auch dann zu vernichten, wenn er republikanisch-demokratisch ist.

5. Jede Revolution bedeutet im Gegensatze zu dem Wege, den die Reform einschlägt, eine außerordentliche radikale Krise, die die größten Opfer von uns fordert.

6. Freiheit der Presse und Versammlungsfreiheit würden bedeuten, daß man der Bourgeoisie das Recht einräumt, die öffentliche Meinung zu vergiften.

7. Nur durch die Enteignung der Enteigner kann man die Massen der Ausgebeuteten gewinnen. Nur nach dem Siege wird das Proletariat die Teile der Bevölkerung hinter sich bekommen, die bisher in der Gefolgschaft der Bourgeoisie waren.

8. Die deutschen Unabhängigen und die Longuetisten unternehmen nichts, um die Armee in eine Rote Armee zu verwandeln, und sie weigern sich, die ungesetzlichen Methoden der Regierung ihrerseits mit ungesetzlichen Methoden zu beantworten.

9. Die Enteignung des Kapitalismus darf nicht auf dem Wege von Reformen geschehen, sondern durch Beschlagnahme.

10. Die Unabhängigen müssen sich mit Spartakus vereinigen.

Wir empfehlen die vorstehenden Sätze dem aufmerksamen Studium unsrer Leser. Sie fordern von den Unabhängigen ein Eintreten für alles das, was sie angeblich nicht wollen. Sie fordern nicht nur die Diktatur der Minderheit, sondern — ganz logisch — auch die Anwendung von Terror und Gewalt, und namentlich die Vereinigung mit Spartakus. Die Bestimmung über die Sowjets nimmt sich um so sonderbarer aus in dem Augenblick, wo Lenin das Rätesystem verwirft und die persönliche Diktatur proklamiert.

Die Unabhängige Partei wird nun zu entscheiden haben, ob sie bedingungslos für den Kommunismus nach bolschewistischem Muster eintreten oder ob sie sich zwischen die zwei Stühle der zweiten und dritten Internationale setzen will. Die erste Alternative wäre der Kanossagang der Unabhängigen Partei, vor dem sie sich sträubt, weil sie genau weiß, daß der Bolschewismus eine Unmöglichkeit ist, daß er nur zur Zerrüttung der Wirtschaft führt, die notwendig die

Wiederaufrichtung des Kapitalismus

mit all seinen unsozialen Erscheinungen zur Folge haben muß. Die zweite Alternative würde Internationalisierung der glänzenden Isolierung bedeuten, in die sich die Unabhängigen durch ihre Drückebergerpolitik im Reiche gebracht hat. Im ersten wie im zweiten Falle bliebe für die Unabhängigen weiter nichts wie eine ungeheure Blamage.

Sollten sich die Unabhängigen für Moskau entscheiden, dann wäre endlich auch Klarheit geschafft zwischen der Sozialdemokratie und den Unabhängigen. Ein Zusammenarbeiten der beiden Parteien wäre dann ausgeschlossen. Umgekehrt wäre zu hoffen, daß die Unabhängigen zur Besinnung kommen, wenn sie sich Moskau nicht bedingungslos verschreiben und deshalb nicht in die alleinseligmachende dritte Internationale aufgenommen würden.

Deutscher Reichstag.

7. Sitzung.

Berlin, 8. Juli, 11 Uhr.

Am Regierungstisch: Dr. Geßler.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Interpellation Ledebour Unabh. Soz.) über die Vorgänge in Thal bei Ruhla. (Erschießung von 15 Arbeitern.)

Reichswehrminister Dr. **Geßler:** Meine frühere Antwort in der Sache scheint nicht verstanden worden zu sein. Ich habe damals gesagt, daß wir eine Besprechung dieser Interpellation ablehnen, weil gegen das Urteil Berufung eingelegt ist, und die Regierung nicht mit einer eignen Aeußerung in ein schwebendes Gerichtsverfahren eingreifen will. (Sehr richtig!) Ich bitte das Haus, diesem Standpunkt der Regierung Rechnung zu tragen.

Abg. **Ledebour** (Unabh. Soz.) fragt, ob die Regierung die Beantwortung überhaupt ablehne oder für einen spätern Termin in Aussicht stelle.

Reichswehrminister Dr. **Geßler:** Ich glaube, daß wenn das Urteil rechtskräftig geworden ist, nichts das hohe Haus hindern kann, das Urteil hier zu besprechen.

Es entspinnt sich eine längere Auseinandersetzung zwischen dem Abgeordneten Ledebour (Unabh. Soz.) und dem Präsidenten Löbe über die Auslegung der Geschäftsordnung, worauf Ledebour feststellt, daß die Auskunft des Reichswehrministers, nach Rechtskraft des Urteils die Interpellation zu beantworten, seinen ersten Erklärungen widerspricht. (Unruhe.)

Abg. **Ledebour** (Unabh. Soz.) beantragt die sofortige Besprechung der Interpellation. Da die Abstimmung zunächst zweifelhaft bleibt, wird Hammelsprung notwendig, der mit 182 gegen 142 die Ablehnung der sofortigen Besprechung ergibt.

Die kommunistische Interpellation über Spitzelorganisationen wird, wie Reichsminister Koch erklärt, in der vorgeschriebenen Frist von ihm beantwortet werden.

Auf der Tagesordnung steht ein Antrag Hamm (Dem.) auf Einsetzung eines Ausschusses zur Prüfung des Geschäftsgebarens, der Ergebnisse und der Frage der Liquidierung der Kriegsgesellschaften.

Abg. **Hamm** (Dem.) begründet seinen Antrag, dem die Abgg. Hoch (Soz.), Dr. Rießer (Dt. Vp.), Dr. Herz (Unabh. Soz.), Blum (Zentr.), Jeudh (Bayr. Vp.) und Bruhn (dt.-natl.) zustimmen.

Reichswirtschaftsminister **Scholz:** Die Reichsregierung begrüßt die Anregung und wird ihr Folge leisten. Es ist schon vieles geschehen, so hat sich vom Januar 19 bis zum Frühjahr 20 die Zahl der vom Reichswirtschaftsministerium ressortierenden Angestellten der Kriegsgesellschaften von 13 000 auf 7000 vermindert. (Beifall.)

Der Antrag wird darauf einstimmig angenommen.

Es folgt der Antrag über die

Einsetzung eines Untersuchungsausschusses.

Abg. **Warmuth** (dt.-natl.): Wir sind gegen Einsetzung eines Untersuchungsausschusses. Aus rein parteipolitischen Gründen könnten wir zustimmen, denn schon die bisherigen Ergebnisse haben eine Entlastung der Angeschuldigten ergeben.

Abg. Rießer (Dt. Vp.): Da ein abschließendes Urteil über die Frage bei der einseitigen Untersuchung nicht möglich ist und außerdem die Parteigegensätze verschärft würden, lehnen wir die Einsetzung ab.

Abg. **Breitscheid** (Unabh. Soz.): Auch bei uns waren zwei Richtungen. Die eine war der Meinung, daß die bisherigen Untersuchungsausschüsse sowohl nach dem Umfang der Arbeit als nach der Qualität der Ergebnisse die vollkommene Unfruchtbarkeit solcher Ausschüsse beweisen würde. Anderseits aber — und diese Auffassung hat gesiegt — wird doch, wie der bisherige Ausschuß schon bewiesen hat, durch die Untersuchung eine Menge wichtiger Einzelheiten zutage gefördert; so war es zum Beispiel sehr interessant, die Abhängigkeit Bethmann-Hollwegs von Ludendorff zu sehen oder die Wandlung des Herrn Helfferich aus einem Saulus zu einem Paulus des U-Boot-Kriegs auch von amtlicher Seite aus bestätigt zu sehen. (Heiterkeit u. Beifall.) Wir wollen ein objektives Bild, aber ebenso sehr ein schnelles Urteil, und glauben, daß beides wohl vereinbar ist. (Beifall b. d. Unabh.)

Abg. Frau Bohm-Schuch (Soz.): Wir sind uns klar, daß wir nicht Richter, sondern nur objektive Untersucher in diesen Ausschüssen sind. (Beifall.) Wir sind durchaus damit einverstanden, daß alle parteipolitischen Betrachtungen ausgeschaltet werden müssen, sondern jeder Abgeordnete nach seinem Gewissen ohne Parteizwang urteilt, damit es auch wirklich ein Volksgericht und nicht ein Parteigericht wird. Gegen den Vorwurf, gerade Parlamentarier dazu zu erwählen, sage ich, daß die Parlamentarier doch die Erwählten des Volkes sind und sicherlich viel unabhängiger auftreten können als beamtete Richter oder Professoren. In dem Augenblick, wo Italien sich anschickt, solche Ausschüsse ins Leben zu rufen, können wir unsre nicht aufgeben und ihre umfangreichen Vorarbeiten wieder annullieren. (Sehr richtig!) Was würde das für einen Eindruck im Ausland machen. Wir sind heute mehr denn je der Meinung, daß nicht Deutschland einseitig die Schuld trägt, sondern daß die Ursache im kapitalistischen System aller Länder liegt. (Beifall links.) Das deutsche Volk hat ein Recht darauf, die ganze Ursache der Katastrophe zu erfahren. Wir fordern, die Wahrheit zu hören, und sind deshalb für den Untersuchungsausschuß und bitten, ebenfalls für Einsetzung dieses Ausschusses zu stimmen, damit die ganze Welt sieht, daß wir unser Teil zur Klärung der Katastrophe beitragen wollen. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Nachdem Abg. **Heile** (Dem.) und **Spahn** (Ztr.) für Einsetzung des Ausschusses gesprochen haben, wird die Wiedereinsetzung gegen die Stimmen der beiden Rechtsparteien angenommen.

Es folgt die

zweite und dritte Beratung des Notetats.

Sämtliche Positionen werden ohne Aussprache in zweiter Lesung angenommen. Zu dem Haushalt des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft ist ein Posten von 13 025 000 Mark eingestellt als Zuschuß des Reiches zu den durch die Empfangnahme und Verteilung der ausländischen Liebesgaben entstehenden Kosten.

Dazu gibt Präsident Löbe folgende Erklärung ab: Diese Ausgaben, die wir soeben bewilligt haben, hängen zusammen mit dem großen Liebeswerk, das durch ausländische wohltätige Kreise für Deutschland in Angriff genommen worden ist. Im Namen der Volksvertretung und ohne Unterschied der Parteien sagen wir den großherzigen Helfern unsern allerherzlichsten Dank. (Lebhafter Beifall.) Wir danken für ihre Hilfe und für ihre edle und menschliche Unterstützung der Gesellschaft der Freunde in Amerika, den englischen Quäkern, den Helfern in Schweden und in der Schweiz und ganz besonders auch den Deutschamerikanern und vielen andern. Ihnen gilt unser allerherzlichster Dank. (Erneuter lebhafter Beifall.) Sie alle haben mitgeholfen an dem Wiederaufbau unsers kostbarsten Gutes, der Jugend. Sie alle haben dazu beigetragen, daß ein wahrer Frieden zwischen Volk und Volk erreicht wird, sie zerteilten die Nebel des Hasses und des Mißtrauens, die noch immer zwischen den Völkern liegen. Das deutsche Volk wird ihnen die an seinen Kindern geübte Liebe niemals vergessen. (Anhaltender, lebhafter Beifall.)

Es wird sofort die dritte Lesung vorgenommen.

Abg. **Crispien** (Unabh. Soz.): Da meine Fraktion der Regierung ihr Mißtrauen ausgesprochen hat, muß sie auch den Notetat ablehnen. (Zuruf: Natürlich!), um so mehr, als auch gestern der Reichskanzler keine Zusicherungen über die Amnestie geben konnte, wie auch über die Einhaltung der den Arbeitervertretungen gegebenen Versprechen. Wir lehnen den Notetat ab, unbeschadet dessen, daß einzelne Forderungen unsre Billigung finden. (Beif. b. d. Unabh. Soz.)

Der Notetat wird darauf in zweiter und dritter Lesung gegen die Stimmen der Unabhängigen angenommen.

Es folgt die erste Beratung des Antrags **Müller** (Franken, Soz.) auf

Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit.

Abg. Dr. **Rosenfeld** (Unabh. Soz.): Es ist eine Schande, daß wir nach 2 Jahren sogenannter Revolution noch über einen solchen Antrag sprechen müssen. Der alte Militarismus ist noch immer nicht tot, wie erst jüngst das Marburger Schandurteil bewiesen hat. (Sehr richtig!) Besonders schlimm war es während des Krieges, wo die Militärgerichtsbarkeit schuld an den ungeheuern Bluturteilen gegen deutsche Soldaten ist. (Sehr richtig!) Der Fall Helmhaker war nur eine der beliebig vermehrbaren Beispiele. Auch nach der Revolution hat die Militärgerichtsbarkeit weiter gewüstet und gezeigt, wie sie rücksichtslos zur Unterdrückung der Arbeiter angewendet werden kann. Wir sind durchaus gegen eine Ueberweisung an einen Ausschuß, weil dadurch nur eine Verschleppung herbeigeführt wird. Unerhört ist es, daß gestern ein Mitglied dieses Hauses, Herr Helfferich, sich zum Helfershelfer der Marburger Mordbuben gemacht hat. (Lebhafte Pfuirufe b. d. Unabh. Soz.) Auch wenn die Ziviljustiz an die Stelle der Militärjustiz tritt, ist nur wenig geholfen, denn die Justiz war und ist immer ein Mittel des Kapitalismus gegen die Arbeiterschaft. Darum sagen wir noch einmal, daß die Militärgerichtsbarkeit sofort aufgehoben werden muß, daß es aber dabei nicht sein Bewenden haben kann. (Beifall b. d. Unabh. Soz.)

Abg. **Warmuth** (dt.-natl.) beantragt die Ueberweisung an einen Ausschuß zwecks gründlicher Durchberatung. (Widerspruch links.)

Abg. **Schöpflin** (Soz.): Es ist notwendig, daß der Gesetzentwurf ohne Ausschußberatung sofort vorgenommen wird. (Sehr richtig! Schon in der Nationalversammlung hat der Regierungsvertreter, der Unterstaatssekretär Lewald, ausdrücklich betont, daß eine Hinausschiebung nicht angebracht ist. Vielleicht hat ihm dabei das Marburger Schandurteil vorgeschwebt. Daß gewisse Paragraphen geändert werden können, ist natürlich möglich, und wir selbst werden in der zweiten Lesung solche Anträge einbringen. Jetzt aber handelt es sich darum, sofort etwas zu erreichen, damit solche fürchterlichen Dinge nicht mehr vorkommen können. Eine Ausschußberatung bedeutet ja nur eine Verschleppung der Angelegenheit. Zu dem Marburger Urteil will ich nur bemerken, daß der Einwand hinfällig ist, daß alle Angeschuldigten gleich ausgesagt haben. Das ist sehr natürlich, denn die Herrchen durften ja bis zur letzten Stunde frei herumlaufen: wären das Sozialisten gewesen, dann hätte man jeden von Anfang an in Einzelhaft genommen. (Sehr richtig! Widerspruch rechts.) Die Rechte möchte ich noch fragen, womit wollen sie eigentlich die Aufrechterhaltung der Militärgerichtsbarkeit begründen? Mit militärischen Gründen wohl kaum. Bei einem Heere von 200 000, vielleicht 100 000 Mann wird Unsinn was, nach Ihrer Meinung wenigstens, bei einem Millionenheer Sinn war. (Sehr richtig!) Man wird das Gefühl nicht los, daß man durch die Militärgerichtsbarkeit nur die gesetzliche Grundlage haben will, um zu entschuldigen, die gegen Arbeiter vorgehen. (Sehr richtig! links, Widerspruch rechts.) Doppelt notwendig ist es darum, daß der Entwurf so schnell wie möglich Gesetz wird, um die ungeheure Erregung im Volke zu beruhigen und der Gerechtigkeit zum Siege zu helfen. Lebh. Beif. b. d. Soz.)

Abg. **Schoch** (Dt. Vp.) wendet sich gegen die unabhängigen und sozialdemokratischen Ausführungen und unterstützt den deutschnationalen Antrag auf Ueberweisung an eine Kommission.

Die Abg. **Bolz** (Zentr.) und **Waldschein** (Dem.) erklären, daß sie der Ausschußberatung nicht widersprechen wollen, aber nur in der Hoffnung, daß dieselbe allerschnellstens arbeitet und spätestens nach zwei Sitzungen der Gesetzentwurf wieder dem Reichstag vorgelegt wird. Auch Abg. **Emminger** (Bayr. Vp.) ist mit der Ausschußberatung einverstanden.

Abg. Dr. **Levi** (Kommunist): Hier handelt es sich nicht darum, ob der Zivilstrafprozeß besser ist als der Militärstrafprozeß, sondern um einen Personenfrage. Ich glaube, daß 80 oder 90 Prozent derjenigen, die vor Militärgerichten abgeurteilt werden, nicht aus den Kreisen des Proletariats stammen, und sie werden abgeurteilt von Richtern, die auch nicht in den Kreisen des Proletariats aufgewachsen sind. (Sehr richtig! links.) Es kommt im gegenwärtigen Stadium nur darauf an, ob die Richter, die gegenwärtig die Militärgerichte besetzen, fähig und würdig dazu sind. Zwei bis drei Monate sind Kommunisten in Haft behalten worden, ohne daß sich das Reichsmilitärgericht bequemte, darüber zu verhandeln. Als aber ein Hohenzollernprinz angeklagt wurde, war dasselbe Gericht bereit, in 14 Tagen seinen Spruch zu finden. (Lebhaftes Sehr richtig! links.) Die bürgerlichen Gerichte sind nicht viel besser. Auch die bürgerlichen Gerichte sind tief gesunken in den Sumpf des Rechtsverbrechertums. Ihr Tag der Rache ist es (zur Rechten), wenn der Generalfeldmarschall wieder die höchste Gewalt ausübt, und darum suchen Sie das Heer wenigstens in seinen Kerneinheiten zu erhalten. — Und weil wir dies wissen, deswegen müssen wir auch das Netz der Militärgerichtsbarkeit zerreißen, soweit es überhaupt möglich ist. (Lebhafter Beifall b. d. Unabh. Soz.)

Justizminister Dr. **Heinze:** Ich weise die Angriffe des Vorredners auf die Gerichte auf das allerschärfste zurück. (Beifall.)

Damit schließt die Aussprache.

Vizepräs. **Dittmann** stellt aus dem Stenogramm fest, daß der Abg. Rosenfeld den Abg. Helfferich als den Helfershelfer der Mörderbande von Mechterstädt bezeichnet habe. Dafür müsse er nachträglich zur Ordnung gerufen werden.

Der Gesetzentwurf geht an einen Ausschuß von 21 Mitgliedern.

Das Haus vertagt sich auf Montag 2 Uhr: Interpellation über die Brotversorgung im Ruhrgebiet, die Arbeitslosigkeit und die fortgesetzte Steigerung der Lebensmittelpreise.

Schluß 4 Uhr. —

Polnische Blutarbeit gegen Sozialisten.

Vor kurzem haben wir über die Erschießung von 17 deutschen Gewerkschaftlern durch die Polen in Thorn berichtet. Die Polen hatten diese Nachricht dementiert. In polnischen Zeitungen wird aber jetzt die Nachricht bestätigt.

Unser Königsberger Parteiorgan erinnert in diesem Zusammenhang daran, daß Polen sich noch nicht über die Erstechung des Arbeiters Pellakowiki durch polnische Soldaten in Graudenz geäußert hat.

Die sozialdemokratische Danziger „Volksstimme" berichtet nun über einen neuen Fall

brutalster Verfolgung von Sozialdemokraten

durch die Polen. Am 28. April wurde ein angesehener Parteigenosse in Graudenz verhaftet und verschleppt. Seit dieser Zeit hat man von ihm nichts wieder gehört. Die „Volksstimme" wagt nicht, den Namen zu nennen, weil sie befürchtet, daß der Genosse sonst nach ungarischem Muster „verschwindet". —

Noch nichts gelernt!

Seit den Kapp-Tagen hat man in den Kreisen auch der „Radikalsten" eingesehen, daß es ein Unsinn war, Mitglieder der Einwohnerwehren, der Reichswehr usw. zu boykottieren.

Anders die Hamburger Unabhängigen und einzelne Kommunisten. Auf der Deutschen Werft in Hamburg haben diese beschlossen, mit Mitgliedern der Einwohnerwehr nicht mehr zusammenzuarbeiten. Die 1000 Mann starke Belegschaft wird den 200 bis 250 Mann Boykottlustigen zwar in die Suppe spucken, aber festgehalten zu werden verdient dieser Beschluß doch, denn in Bayern z. B. führt die Arbeiterschaft den heftigsten Kampf, weil sie von der Aufnahme in die Einwohnerwehren ausgeschlossen ist.

Die Hamburger Unabhängigen sind schließlich nur konsequent. Sie stehen wahrscheinlich auf dem Standpunkt Crispiens, daß es „geschichtlich betrachtet" eine Stärkung der Arbeiterschaft bedeutet, wenn die bürgerlichen Parteien alle Macht besitzen und demgemäß auch alle Waffen. —

Helfershelfer der Franzosen.

Vor kurzem waren die Arbeiter von Ludwigshafen wegen der Uebergriffe der französischen Besatzungstruppen in den Generalstreik getreten. Den letzten Anstoß gaben Verhaftungen von Arbeiterführern wegen angeblicher „Spionage" für die Alldeutschen.

Als Leiter der Ausstandsbewegung wurden dann die Sozialdemokraten Fischer und Rauschert und der Unabhängige Baum verhaftet und zu mehreren Monaten Gefängnis und je 10 000 Mark Geldstrafe verurteilt.

Solche Verurteilungen sind etwas Alltägliches. Was diesem Urteil eines französischen Kriegsgerichts aber ein besondeves Gepräge gibt, ist die Tatsache, daß bei der Verhandlung und Urteilsfindung

ein Artikel eines unabhängigen Blattes

das Hauptbelastungsmaterial bildete.

Die Mannheimer unabhängige „Tribüne" brachte in ihrer Nr. 139 einen denunziatorischen Artikel über die Tätigkeit des deutschen „Heimatsdienst", der gegen den Frieden von Versailles und gegen die fremden Besatzungen agitiere.

Triumphierend ließ der Vorsitzende des französischen Kriegsgerichts den Artikel aus der unabhängigen „Tribüne" den angeklagten Sozialisten verlesen. Ein unabhändiges Blatt hatte die drei sozialistischen Arbeiter dem französischen Kriegsgericht ans Messer geliefert, und alle Einwendungen halfen nichts. Der unabhängige Artikel galt als Beweis!

Auch dem Angeklagten Baum half das Hervorstreichen seiner Mitgliedschaft bei den Unabhängigen nichts. Der Vorsitzende sagte ihm, er hätte sich bei seinen Parteifreunden in der „Tribüne" erkundigen sollen, als er anläßlich der Reichstagswahl in Mannheim war. Er zeigte sich sehr genau über die Parteiverhältnisse der Unabhängigen unterrichtet.

Die Redakteure der Mannheimer „Tribüne" sind würdige Genossen der Braß und Konsorten, die Frankreich das Material zu seinem rohen Vorgehen liefern. Die „Tribüne" ist ihver großen Schwester, der Berliner „Freiheit", wert, die

Machwerke französischer Agenten

als „Aufruf zur Völkerversöhnung" produziert.

Die Urteile gegen Arbeiter, die sich ihrer Haut wehren, sind die „Erfolge" dieser unabhängigen „Völkerversöhnungspolitik". Wahrlich, ein erhebendes Bild: der Vorsitzende eines französischen Kriegsgerichts der sein Urteil gegen deutsche sozialistische Arbeiter auf ein unabhängiges Blatt stützt. —

Fußtritte von links.

Die Unabhängigen überschütten den Reichstag mit Anträgen und Interpellationen. Zu dieser Taktik schreibt die „Rote Fahne":

Der parlamentarische Heldenmut und die eifrige Oppositionstätigkeit der U. S. P., die sich in Anträgen, Anfragen und Interpellationen überstürzt, ist in Wirklichkeit nur

die Kehrseite der politischen Unfähigkeit und Ideenlosigkeit,

die sie außerhalb des Parlaments entwickelt, die nicht weiß, was sie dem Proletariat sagen soll. Weil sie ihm den Weg zum revolutionären Handeln nicht weisen können, haben sie eine rein negative Oppositionspolitik getrieben. Darum muß ihre parlamentarische Tätigkeit notwendig die Form der auf den Reichstag beschränkten, mit allen Schikanen des Parlamentarismus betriebenen Politik annehmen. Wären die Führer der Unabhängigen wirkliche Führer der Massen, ja hätten sie auch nur den Mut zu den eignen Worten aus der Zeit des Wahlkampfs, sie brauchten heute durch kein Mißtrauensvotum ihre Opposition zu Fehrenbach zu markieren, denn dann würde die Regierung Fehrenbach gar nicht existieren. —

Unabhängige und Entwaffnung.

Die unabhängige „Leipziger Volkszeitung" schreibt zu den Entwaffnungsnoten der Entente:

Das sozialistische Proletariat ist grundsätzlicher Gegner jedes Militarismus. Jede Möglichkeit, diese fluchbeladene, bluttriefende Macht zu beseitigen, dieses waffenstarrende, mordlüsterne Haupthindernis auf der Bahn des sozialistischen Aufstiegs zu zerschmettern, muß ihm willkommen sein. Von andern Motiven und Grundsätzen geleitet als der Entente-Imperialismus, benutzt die deutsche Arbeiterklasse auch diese Gelegenheit zur Schwächung seines Todfeindes, des Militarismus. Zunächst um den militaristischen Gewaltapparat auf nationaler Basis zu zerschlagen, dann aber auch zur Ueberwindung des militaristischen Systems in der ganzen Welt.

Was werden Lenin und Radek zu dieser prinzipiellen Gegnerschaft gegen jeden Militarismus sagen? Oder ist die russische rote Armee kein Militarismus? Wie läßt sich die prinzipielle Gegnerschaft gegen jeden militärischen Gewaltapparat mit der unabhängigen Forderung der Bewaffnung des Proletariats vereinbaren? Schließlich heißt es doch im unabhängigen Katechismus, daß die Diktatur des Proletariats sich stützen müsse auf die bewaffneten Arbeiter.

Gerade die Leipziger Unabhängigen drängen auf den Anschluß an Moskau, das die Ausübung des Terrors durch eine rote Armee verlangt. Das ist aber auch ein Gewaltapparat.

Die Forderungen der „Leipziger Volkszeitung" lassen sich nur verwirklichen, wenn die Grundsätze der Demokratie anerkannt werden, und die werden gerade von den Unabhängigen ständig verhöhnt. Darum hat die „Leipziger Volkszeitung" gar kein Recht, solche Forderungen zu erheben. —

Allah Kautsky und sein Prophet.

Die „Schlesische Arbeiter-Zeitung" ist ein ganz besonders prinzipienfestes Organ der Unabhängigen. Ihre geistigen Väter haben vor 18 Monaten den Sozialismus erfunden, der vorher noch nicht vorhanden war, weshalb sie sich bis dahin im bürgerlichen Lager aufhalten mußten. Leider teilen sie das Schicksal so mancher andern Erfinder, indem Leute auftreten, die den Sozialismus schon gekannt haben wollen, ehe er von Leuten der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung" erfunden wurde. Zu diesen Leuten, die schon vorher vom Sozialismus gewußt haben wollen, gehört ein gewisser Kautsky, ein weißhaariger Sechziger, mit der blöden Ansicht, daß er vor 50 Jahren schon mehr vom Sozialismus gewußt habe, als heute die Stöcker, Koenen und Breitscheid. Auch ein gewisser Ströbel will schon Sozialdemokrat gewesen sein, als der Jahrgang Kartoffeln noch nicht gewachsen war, aus dem gewissen Leuten der erste Pfannkuchen gebacken wurde. Die Breslauer „Volkswacht" hat in der vorigen Woche einige Schreibproben von Kautsky und Ströbel veröffentlicht, worauf die „Arbeiter-Zeitung" schreibt:

Mit allen Mitteln wird gearbeitet; Karl Kautsky und Heinrich Ströbel werden zitiert, um zu zeigen, wie sehr diese „Unabhängigen" mit den Meinungen der Sozialdemokraten konform gehen und die eignen Parteigenossen für unfähig und gefährlich halten. Ach Gott, Allah Kautsky und sein Prophet Ströbel interessieren uns nur insofern, als es traurig ist, zu beobachten, wie sehr der Demokratiefimmel Leute, die nicht aufhören, zu schreiben und zu reden, zu Schädlingen macht. Wir wissen, wer Kautsky ist, und welche Meinung Ströbel hat, wir wundern uns bloß, daß innerhalb der U. S. P. noch nicht die Initiative aufgebracht worden ist, Herrn Kautsky (Ströbel ist wohl schon von allein gegangen), der nun mal ein antibolschewistischer Demokratiefanatiker ist, aus unsrer Partei, die eben ein andres Programm hat, höflichst hinaus und ins Lager der Sozialdemokraten zu geleiten, die so nett für Demokratie, Prinzipienlosigkeit, Freundschaft mit dem Bürgertum, Schrebergärten und ähnliche Kleinbürgerscherze schwärmt.

So ist's recht! Raus mit Allah und den Propheten aus der Unabhängigen Partei. Aber es gehen heute auch noch andre Leute aus dieser „Partei" hinaus, die keine Götter und keine Propheten sind oder sein wollen; schlichte Arbeiter, die es satt bekommen haben, sich von so pöbelhaften Burschen leiten zu lassen, die gegen altbewährte Kämpfer der proletarischen Bewegung solche Zeilen zu Papier bringen. —

Abschied von den Unabhängigen.

Heinrich Ströbel ist vom Ortsverein Steglitz der Unabhängigen Partei ausgeschlossen worden.

Das gleiche Schicksal hat nun auch einen der nächsten Freunde Kurt Eisners, einen seiner fleißigsten Mitarbeiter, den ehemaligen Vorsitzenden der Unabhängigen Partei in München, Fritz Schröder, getroffen.

Fritz Schröder, der Wortführer der Unabhängigen im bayrischen Rätekongreß, hat unserm Münchner Parteiorgan folgendes mitgeteilt:

Vor einigen Tagen ging mir folgendes Schreiben zu:

Die Parteileitung läßt Sie davon verständigen, daß in der am Dienstag, dem 8. d. M., stattgefundenen Aktions-Ausschußsitzung aus Ihnen wohlbekannten Gründen der Ausschlußantrag gegen Sie aus der Partei einstimmig gefaßt wurde. Statutengemäß steht Ihnen die Beschwerde zum Landesvorstand bzw. Parteitag offen.

Fritz Schröder sagt dazu u. a.:

Dieses Schreiben ist ein klassisches Dokument. Ich sehe von der persönlichen Seite ab, lege auch keine Verwahrung dagegen ein, daß man mich nicht gehört hat. Was es erschreckend offenbart, ist der

erschütternde Widerspruch zwischen Partei und Sozialismus.

Die U. S. P. ist so weit gekommen, die bescheidenste Meinungsfreiheit parteioffiziell zu unterdrücken.

Eine sozialistische Partei, die nicht mehr die Meinungsfreiheit vertragen kann, ist wert, daß sie zugrunde geht, denn sie schändet den Sozialismus. Aber dieses Sektentum offenbart auch, warum es unter den Parteiführern der U. S. P. keine Persönlichkeiten gibt, die den Mut haben, auszusprechen, was ist. Ihre ganze Existenz fristen sie aus der demagogischen Phrase. Wenn wenigstens ihre Taten mit ihren Worten im Einklang ständen, dann ließe sich noch darüber reden. Aber so ist selbst eine sachliche Diskussion unmöglich. In solchen Händen muß die erhabenste Idee zur Farce werden. Und ich wundre mich deshalb gar nicht, daß der „Kampf" (das unabhängige Organ in München. Red.) in seiner Erwiderung auf meine Darlegungen auf Humanität und Menschentum spöttelt, die

blutige Auseinandersetzung als „Notwendigkeit" beweist

und damit die Bestialität als neuzeitliche Blüte des Massenkampfes proklamiert.

Ist es wirklich so schwer, zu begreifen, daß diese Art der Aufklärung verbrecherisch ist, daß sie den Sozialismus kompromittiert, der Arbeiterklasse sinnlose Opfer aufzwingt und die Rettung aus dem Zusammenbruch hinauszögert? Man verhimmelt die Massen und dichtet ihnen Fähigkeiten an, die sie leider noch nicht besitzen. Aber Massen und Führer finden sich auf dem gleichen Niveau. Die Probleme unsrer Zeit verlangen jedoch zu ihver Lösung Wissen unter vollständigem Verzicht aller Demagogie. Da man ersteres nicht besitzt, macht man einen verschwenderischen Gebrauch von letzterer.

Die Unabhängigen sind der Hemmschuh

eines schnelleren sozialen Aufstiegs der Arbeiterklasse. Indem sie wie hypnotisiert auf die blutige Auseinandersetzung starren, die zur vollständigen Niederlage führen muß, verscherzen sie alle Möglichkeiten durch Gebrauch der friedlichen Methoden der Demokratie. Und damit bestätigt der „Kampf" die Richtigkeit meiner Problemstellung: Demokratie oder Diktatur. Eine blutige Auseinandersetzung ist die Lebensäußerung seiner Diktaturgelüste.

So will ich denn offen gestehen: Mein Sozialismus hat mit dem der Unabhängigen nichts gemein und ich stehe weiter nicht an, zu erklären, daß der vom „Kampf" proklamierte Sozialismus mir gestohlen werden kann. Für mich bleibt Verbrechen Verbrechen, ob Szamueli oder Horthy die Verbrechen begeht.

Sozialismus ist für mich eine Menschheitsfrage.

Der Sozialismus wäre nicht ebenso der Erbe des kommenden Deutschlands, wenn in ihm die großen Gedanken der Humanität nicht lebendig wären. Dadurch allein werden wir Brücken finden zu den Herzen aller Menschen, die unter dem Joche dieser unbarmherzigen Gesellschaftsordnung seufzen. Dieser Sozialismus wird einst das Band sein, das die Menschen der ganzen Welt eint.

Euer Sozialismus ist meilenweit davon entfernt.

Und wenn ihr einmal etwas darüber bei Eisner aus seinen Reden und Schriften gelesen habt und ihr beruft euch dann noch auf ihn, dann will ich nicht mehr mit euch rechten.

Ihr habt mich ausgeschlossen. Das ist mir eine Ehre, denn ich war seit dem Tode Eisners ein Rebell in euren Reihen wegen eurer Methoden des Wahnsinns und Verbrechens. Mein sozialistischer Schild ist rein. Ihr könnt ihn nicht beflecken mit eurer Borniertheit. Ich bewundre jedoch euren moralischen Mut, mich auszuschließen. Ihr habt das Lager gewechselt, ich verdiene, von euch wieder bekämpft zu werden. —

Notizen.

Sozialdemokratische Redakteure unter französischen Kriegsgesetzen. Der von den Franzosen verhaftete Redakteur Lindig von der sozialdemokratischen „Volksstimme" in Wiesbaden ist „vorläufig" wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Die Franzosen konnten offenbar mit dem besten Willen kein Belastungsmaterial für ihn finden. Dagegen ist der hessische Landtagsabgeordnete Schildbach, der frühere Leiter der sozialdemokratischen Mainzer „Volkszeitung", der bei einem Besuch in Wiesbaden aus unbekannten Gründen verhaftet wurde, noch nicht wieder freigegeben worden. Er war seinerzeit aus Mainz ausgewiesen worden. —

Wie Opfer des Kapp-Putsches „unterstützt" werden. Einer der radikalsten Betriebe ist das Kraftwerk Golpa mit Braunkohlengruben im Kreise Bitterfeld. Noch vor kurzem haben dort die Kommunisten bei der Betriebsratswahl einen großen Erfolg erzielt. Jetzt wird gemeldet, daß der Vorsitzende des Betriebsrates 16 000 Mark unterschlagen hat, die für die Opfer des Kapp-Putsches gesammelt worden sind. Aus der Meldung geht nicht hervor, welcher der radikalen Richtungen dieser „ehrenwerte" Arbeitervertreter angehört, der eine so merkwürdige Auffassung über die Verwendung von Geldern hat, die bedauernswerten Volksgenossen zukommen sollen. Vielleicht sind die Gelder doch für die „Opfer" des Kapp-Putsches, nämlich für die flüchtigen Hauptmacher desselben, Bauer, Ehrhardt, Traub und Kapp, verwendet worden. Was die Spitzel der Reaktion leisten, können wir aus dem Mordprozeß Blau ersehen. Warum soll es so ein Halunke nicht auch einmal zum „radikalen" Vorsitzenden eines Betriebsrats gebracht haben? —

Ferien des Preußenparlaments. Die Preußische Landesversammlung wird bis zum 9. Juli Sitzungen abhalten und sich alsdann bis Anfang September vertagen. Der Verfassungsausschuß wird jedoch weiter tagen. —

Krawall in Darmstadt. Kommunisten machten den Versuch, verhaftete kommunistische Führer zu befreien. Es kam zu Schießereien, wobei auf beiden Seiten Verluste eintraten. Ob die ganze Sache nicht von Spitzeln gemacht wurde, wird hoffentlich noch bekannt werden. —

Eingegangenes Kommunistenblatt. Der „Kommunist" in Erfurt, das kommunistische Parteiblatt für Mitteldeutschland, das bald nach seiner Gründung 7000 Abonnenten hatte, geht wegen starken Abonnentenrückgangs infolge Abflauens der kommunistischen Bewegung in der Provinz Sachsen und in Thüringen ein. —

Abgelehnter kommunistischer Streik. Auf der Zeche „Gustav" in Dettingen (Franken) ist ein Steuerstreik ausgebrochen. Dadurch sind die Städte Aschaffenburg, Darmstadt und 40 andre Orte seit 2 Tagen ohne Licht und Strom. Der Streik war von einer kommunistischen Parteiversammlung beschlossen worden. Das Gewerkschaftskartell und die Betriebsräte von Aschaffenburg haben mit den Stimmen der Sozialdemokraten und der Unabhängigen den Streik aufs schärfste verurteilt. —

Ueberstunden-Abkommen im Bergbau. Die Verhandlungen des Zechenverbandes mit den Bergarbeiterorganisationen über eine Revision des Ueberschichten-Abkommens führten nicht zum Abschluß eines neuen Abkommens. Man hat sich vielmehr dahin geeinigt, das gegenwärtige Abkommen, das je zwei halbe Ueberschichten von 3½ Stunden vorsieht, bestehen zu lassen und die endgültige Reglung bis nach Beendigung der Konferenz von Spa zurückzustellen. —

Zusammenstoß mit Ententesoldaten. In Dresden kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Sammlern für die Grenzspende und französischen und englischen Soldaten. Ein englischer Hauptmann machte der Schlägerei, die sich daraus entspann, ein Ende, indem er die Soldaten abführen ließ. —

Verhaftung eines Münchner Unabhängigen. Der Unabhängige Viening, der in geheimer Sitzung der Unabhängigen Partei in München ein Referat über Vorbereitungen zum Generalstreik erstattete, ist im Auftrag der Staatsanwaltschaft verhaftet worden. —

Großindustrielle Schutzgarden. Die Berliner „Freiheit" berichtet über die Gründung von Schutztruppen der Großindustriellen, die ein Gegenstück zu den Baltikumern der Agrarier bilden. Die Firma Siemens (Berlin) hat die Absicht, eine Truppe von 300 Mann aus den Marinebrigaden Ehrhardt und Löwenfeld zusammenzustellen. —

Studentischer Geheimorden. Unser Frankfurter Parteiorgan berichtet über die Werbearbeit einer Studentenverbindung „Jungdeutscher Orden". Die Bewegung geht von Kassel aus. Stark beteiligt sind Marburger Studenten. Der Zweck des Ordens ist die Erhaltung der aufgelösten Zeitfreiwilligen-Formationen auf heimlichen Wegen. —

Offiziere als Zeitungshändler. Deutschnationale und antisemitische Zeitungen werden in Königsberg i. Pr. durch reklamehaft aufgeputzte Offiziere und Studenten verkauft. Da diese „Händler" und die von ihnen verkauften Zeitungen mehr oder minder offen zu Pogromen auffordern, wurde der Handel durch den Polizeipräsidenten in den Hauptstraßen, wo sich große Ansammlungen bildeten, verboten. —

Bayrisches Getreide ins Ausland. Die „Münchner Post", unser Münchner Parteiorgan, teilt mit, daß in Bayern die noch auf dem Felde stehende Getreideernte zum Teil zu ungewöhnlich hohen Preisen an Ausländer verkauft worden ist. Die bayrischen Sozialdemokraten verlangen Maßnahmen, ehe es zu spät ist. —

Noch ein „Ordnungs"bund. In Kottbus hat sich unter der Leitung eines Dr. Cramer und des Redakteurs Lindner ein „Ordnungs"bund aufgetan. Mitglieder können nur „bessere" Bürger — Besitzer, Kapitalisten, Offiziere usw. — werden. Diese „bessern" Herren sollen sofort mit Gewehren ausgerüstet werden. Der neue „Ordnungs"bund soll als deutschnationale Putschorganisation von Kottbus aus über ganz Deutschland gehen. Außerdem soll ein Bündnis mit dem Landbund geschlossen werden. Die Herrschaften haben in einer Werbeversammlung ihren Putschabsichten so offen Ausdruck gegeben, daß es den eingeladenen „besseren" Bürgern angst und bange dabei wurde. Sie machten Krach und die Versammlung ging ergebnislos auseinander. —

Religiöse Sozialisten. Eine Gruppe religiöser Sozialisten ist nun auch in Essen gegründet worden. In einer Werbenotiz heißt es: „Wir stellen uns auf den Boden der von Christus gepredigten Glaubenslehre, nach welcher jeder Sozialist nicht allein religiös sein kann, sondern muß. Nur mit der Religion gemeinsam wird der Sozialismus siegreich bestehen." —

Geht Paris nach Moskau? Der Nationalrat der geeinigten sozialdemokratischen Partei Frankreichs ist am Sonntag vormittag zu einer Sitzung zusammengetreten. Es liegt ihm das telegraphische Ersuchen von Cachin und Frossard vor, an dem internationalen Kongreß der Kommunisten in Moskau teilzunehmen. —

Generalstreik in Mähren. In Olmütz drangen tschechische Legionäre in eine sozialdemokratische Versammlung und mißhandelten dort den anwesenden Kommunistenführer Muna. Als Antwort auf diese Vergewaltigung sind die Arbeiter in Mähren in Proteststreik getreten. —

Depeschen.

Max Klinger tot!

Naumburg a. d. S., 5. Juli. Gestern mittag ist Geheimrat Prof. Max Klinger einer Herzlähmung im Alter von 63 Jahren erlegen. Seit Mai befand er sich wie alljährlich auf seinem Sommersitz in Großjena an der Unstrut (bei Naumburg a. d. S.). — Sein Ableben erfolgte völlig unerwartet ohne vorherige Krankheit. Wegen der Ueberführung der sterblichen Ueberreste des großen Künstlers ist noch nichts erfolgt. —

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Gegen Flechten Hautleiden
offene Füße - alte Wunden - Ausschläge - Frostschäden
ist altbewährt Rino-Salbe.
Erhältlich in Apotheken!
Rich. Schubert & Co. Dresden

Reine Obstmarmelade mit Kristallzucker gesüßt, erstkl. vorzügliche Friedensqualität, offerieren zu Fabrikpreisen

Wiederverkäufer erhalt. Rabatt

Konservenfabrik M. Blumenthal & Comp., Halberstädter Str. 12. Tel. 7374.

Telephonische und schriftliche Aufträge werden schnellstens und sorgfältig erledigt! 1538

Lehrmeister-Bücherei

Kleintierzucht, Geflügel- u. Bienenzucht

Das Schaf (Nr. 402/4) . . Schweinezucht (Nr. 65)
Nutzbringende Ziegenzucht . . . . . (Nr. 338/8)
Nutzbringende Kaninchenzucht . . . . (Nr. 170/1)
Der Kaninchenstall . . . . (Nr. 480)
Verarbeit. d. Kaninchenfelle zu Pelzwar. (Nr. 482)
Nationelle Fütterung d. Kleinhaustiere (Nr. 97/8)
Gesundheitspflege der Kleinhaustiere . (Nr. 224)
Landwirtschaftliche Geflügelzucht . . . (Nr. 96/6)
Nutzbringende Hühnerzucht . . . . . . (Nr. 225/6)
Natürliche Brut u. Aufzucht der Küken (Nr. 265)
Künstliche Brut und Aufzucht . . . . (Nr. 130)
Nutzbringende Gänsezucht . . . . . . (Nr. 262)
Nutzentenzucht (Nr. 263/4) Nutztauben. (Nr. 60)
Geflügelkrankheiten . . . . (Nr. 92/4)
Bienenweide-Pflanzen . . . . (Nr. 326)
Handbuch der Bienenzucht . . . . . . (Nr. 172/7)
Leitfaden der Bienenzucht . . . . . . (Nr. 10/1)
Selbstanfertigung d. Bienenwohnungen (Nr. 412/3)
Korbbienenzucht im gemischten Betriebe (Nr. 461/3)
Monatskalender für Bienenzüchter . . (Nr. 178)

Preis jeder Nummer 1.00 Mk.

Buchhandlung Volksstimme
Große Münzstraße 3.

Gummi-Ringe für **Konservengläser** prima Qualitäten

Hugo Nehab Johannisbergstrasse 2

150

Von der Reise zurück!
Robert Wolf, Dentist
Halberstädter Straße 121.

Umzüge
Fuhren aller Art
Gepäckbeförderung, ein- u. zweispännig, übernehm. sofort **Blaue Radler**, Schöneckstr. 8. Telephon 5250 und 2476. 1573

Zurückgekehrt
Dr. Moses, Große Diesdorfer Straße 226.

Todesanzeige.

Am Sonnabend früh 8 Uhr entschlief sanft nach langem, geduldig ertragenem Leiden unsrer aller liebe

Hedwig Blücher geb. Nagel

im 34. Lebensjahr. Dies zeigt tiefbetrübt an
M.-Fermersleben, Mertensstraße 7,
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
Fritz Blücher.

Die Beerdigung findet am Dienstag, vormittags ½11 Uhr, auf dem Buckauer Friedhof statt. 2710

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden meiner lieben Frau sage ich allen Verwandten und Bekannten meinen herzlichsten Dank. Besonderen Dank meinen Kollegen der Firma Schäffer & Budenberg, den Bewohnern des Hinterhauses Moldenstraße 1b sowie Herrn Pastor Augustin für die trostreichen Worte in der Kapelle und am Grabe. 2722

Otto Mühlenberg.

Danksagung

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Hinscheiden meines lieben Mannes, unsers treusorgenden Vaters sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten unsern innigsten Dank. Insbesondere danken wir den Bewohnern des Hinterhauses Wolbenstr. 38, den Kollegen der Firma Fischer, dem Lederarbeiter-Verband und Herrn Pastor Augustin für die trostreichen Worte in der Kapelle und am Grabe. 2719

Die trauernden Hinterbliebenen:
Marie Haak u. Kinder.

Oh! Ein graues Haar!

20 Jahre jünger nach Gebrauch von **Exlepäng I.** Das beste Haarfärbemittel, weltberühmt u. erprobt. Karton 20.— Mk.

„Glatta“ bestes **Enthaarungsmittel.** Erfolg garantiert. Karton 5.50 Mk.

Bei mir zu haben. 1643

R. Gembalowski
Breiteweg 208, Haltestelle Hauptpost.

Beamte als Wachtmeister bei der Sicherheits-Polizei.

Auf Anordnung des Ministeriums des Innern werden **Anwärter für die Sicherheitspolizei Rheinland-Westfalen** in Beamtenstellungen zu folgenden Bedingungen eingestellt:

volle Polizeidienstfähigkeit,
Lebensalter zwischen 20 und 30 Jahren,
Größe möglichst nicht unter 1,65 Meter,
mindestens 1 Jahr Frontdienst im Kriege,
unverheiratet,
geordnete wirtschaftliche Verhältnisse.

Nach einer 12jährigen Gesamtdienstzeit in Armee, Marine, Schutztruppe und sonstigem Reichs-, Staats- oder Kommunaldienst und Sicherheitspolizei, davon aber mindestens 2 Jahre bei der Sicherheitspolizei, Anspruch auf Beamtenschein und Dienstprämie von 2100 Mark.

Gehalt zwischen 13,40 Mark und 20,90 Mark täglich, neben freier Unterkunft, Kleidung, Verpflegung und ärztlicher Behandlung. Bei örtlichen Unruhen außerdem erhebliche tägliche Zulage.

Zu den gleichen Bedingungen werden auch einige ehemalige Fahnenschmiede und jüngere Hufschmiede eingestellt.

Meldungen unter Beifügung eines selbstgeschriebenen Lebenslaufs, polizeilichen Führungszeugnisses, von Militärpapieren und möglichst Zeugnissen früherer Dienststellen sind zu richten an:

Kommando der Sicherheitspolizei, Münster i. Westf., Steinfurter Straße 43, III, Zimmer 24,
Polizeischule I Wesel (F.-A.-R. 7),
Polizeischule II Münster, Haus Spital,
Polizeischule III Sennelager, Truppenübungsplatz bei Paderborn,
Polizeischule IV Münster i. W. (Rennbahn-Lager),
Polizeischule V Münster i. W. (Rennbahn-Lager).

Auskunfts- und Meldestellen:

Berlin, Neues Kriminalgericht, Zimmer 169.
Breslau, Oberpostdirektion, Zimmer 73.
Bielefeld, Hotel Berliner Hof, Bahnhofstraße.
Frankfurt a. d. Oder, Gasthof zur Eisenbahn, Bahnhofstraße 30.
Hannover, Kaserne 3, Am Waterlooplatz.
Hannover, Welfenplatz 10 (Kaserne).
Königsberg, Wagnerstraße 49.
Hildesheim, Steingraben-Kaserne, Zimmer 66.
Osnabrück, Klosterkaserne, Zimmer 49, Bierstraße.
Paderborn, Hotel Deutscher Hof, Bahnhofstraße 14.
Rummelsburg, Hotel Deutsches Haus, Kirchenstraße 1.
Stettin, Bezirkskommando, Ecke Elisabeth- und Friedrichstraße. K143
Wandsbeck, Amtshaus, Alte Husaren-Kaserne, Zimmer 1.
Neumünster, Kaserne, Stabsgebäude.
Honnef a. Rhein, Kath. Hospiz, Gesellenheim.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

— Verwaltung Magdeburg. —

Geschäftsstelle: Große Münzstraße 3, I. — Geschäftsstunden: Werktags von 10 bis 5 Uhr, Sonnabends von 10 bis 4 Uhr. 143 — Sonntags geschlossen. — Telephonruf 1912.

Mittwoch den 7. Juli, abends 7½ Uhr, im Lokal des Herrn Göbsche, Kleine Klosterstraße,

Branchenversammlung der Innungsschmiede.

Tagesordnung:
Bericht von den Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß. Branchenangelegenheiten.

Wir bitten, vollzählig zu den Versammlungen zu erscheinen.

Die Verwaltung.

Schreibmaschinen-Reparaturen 1573
Verkauf — Miete — Ankauf aller Büro-Hilfsmaschinen.
Ludwig Haase, Magdeburg
Schwibbogen :: Tel. 2071.

CORNUCOLL
HOF-APOTHEKE
BREITEWEG 158

Platin
Gold- und Silberbruch, alte Gebisse kauft 2717
Backhausen, Kl. Junkerstr. 1.

Verkäufe.

Ganz billige Möbel
sowie Chaiselongues, Stoff- u. Plüschdiwans, helle Schlafzimmer, w. Marmor, bill. Küchen-Einrichten, eleg. nußbaum Schreibtisch, Sessel
Möbelhalle Spennemann, Hohepfortestr. 41, a. Bötticherpl.

Küchen komplett, von 580 Mark an. Möbel-Jürgens, Gr. Münzstr. 17.

Plüschsofa u. Chaiselongue in tadelloser Ausführ. sehr preiswert. Scholz, Polsterwerkst., Gr. Münzstr. 17, H. r. I.

Grauer
Hemdenbarchent
15 Meter, billig zu verkaufen. Heilmann, Weberstr. 16, II.

Anzüge
wenden, ändern u. ausbessern w. billig u. sauber ausgeführt. Bechstein, Trommelsberg 2.

Homöopath. Praxis
Maaßen
Prälatenstr. 14, 2 Tr., Ecke Himmelreichstraße. 1572
Sprechstd. 9 bis 4, Sonntags 9 bis 11 Uhr. (Donnerstags keine Sprechstunde).
Harnuntersuchung.

Ia. Salzheringe
To. 5- bis 600 Stück 490 Mk. 1545 empfiehlt
Meissner
Kartoffel- u. Heringshandlung Stephansbrücke 23.
— Tel. 5683. —

Perladin 2312
die Perle der Schuhputzmittel.
Kurt de la Porte
Kontor und Lager
Berliner Str. 27. Tel. 5336.

Großer 1½jähr. **Ziegenbock**
besonders zur Zucht geeignet, sofort sehr preiswert zu verkaufen. Offerten unt. 2703 an die Exp. d. „Volksst.“ erb. 2703

Schnee- und Bronze-Puten
3 Monate alt, Naturbrut, eigne Zucht. 2709
Georg Rischinski,
Glindenberg
(Kreis Wolmirstedt).

Treffe Dienstag mit einem Transp. groß. **Altm. Ferkel** ein und stelle dieselben billig zum Verkauf. 2715
O. Raschke, Gasthof Voller Mond, Schöneckstraße Nr. 10.

Arbeitsmarkt

Zuverlässiges, kinderliebes **Kindermädchen** zu 2 Kindern, 3 und 7 Jahr, sucht sofort [2676 **Schlutius, Herderstraße 38**

Schuhhandelshof Magdeburg

Eröffnung
unsrer Verkaufsräume
Breiteweg 193/94
Hof rechts
Mittwoch
7. Juli, vormittags 9 Uhr.

Schuhhandelshof Magdeburg

Mücken-Plage
Schutzmittel gegen Mücken und Stechfliegen
Hof-Apotheke
Breiteweg 158.

Stephanshallen
1580 das wirkliche **Volks-Theater.**
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.

Jasmatzi-Zigaretten
u. a. erste Marken im Kleinverkauf 30, 40, 50, 60 Pf. hat laufend zu 1564
— Originalpreisen —
anzubieten.
Verlangen Sie Preisliste.
Wilhelm Hollmann,
Bahnhofstr. 14. Tel. 4049.

Städtische Theater.
Viktoria-Theater.
Dienstag, 6. Juli, Anf. 7½ Uhr Gastspiel des Herrn **Ludwig Barg** u. Frau **Martha Schild-Barg.** 149
Die Fahrt ins Blaue.
Mittwoch den 7. Juli
Die Fahrt ins Blaue.

Reichhalt. kräft. Mittags- und Abendessen à 1,80 Mk. Gast- u. Logierhaus „Alte Rose“, Schwertfegerstraße 22

Altmärker Hof
Tränsberg 51. 2721
Dienstag, abends 8 Uhr:
Gr. Preisskat.

Hofjäger
Donnerstag den 8. Juli
Gr. Kaffee-Konzert
ausgef. vom Philharm. Orchester, unt. persönl. Leitung d. bel. Kapellmeisters P. Arndt.
Täglich abends 7.30 Uhr
infolge d. gr. Erfolges
verläng. Gastspiel
der berühmten
— Leipziger —
Seidel-Sänger
Dir. A. Seidel sen.
Das vierte vollständ. neue Schlagerprogr. bringt u. a. die beid. Burlesken
Der vertauschte Liebesbrief und **Feodora.**
Vorverkauf 1618 bei Jacobs, Ulrichsbog.
Tägl. nachm. 4 Uhr
Garten-Konzert.

Zentraltheater
Heute 7¼ Uhr 119
Jubiläums-Vorstellung
Zum **25.** Male
Die Dame vom Zirkus.

Vogelgesang 1610
Großer Rosenflor.

Panorama-Lichtspiele

Heute bis einschl. Donnerstag

6 Akte **Die letzte Gala-Vorstellung** 6 Akte
des
Zirkus Wolfson
Sensationsdrama in 6 Akten.

Unter andern folgende Sensationen:
? Der rätselhafte Affe Colli ?
Die große Zirkuspantomime. 115
Der Sprung aus 60 Meter Höhe.
Der Untergang des Zirkus Wolfson.

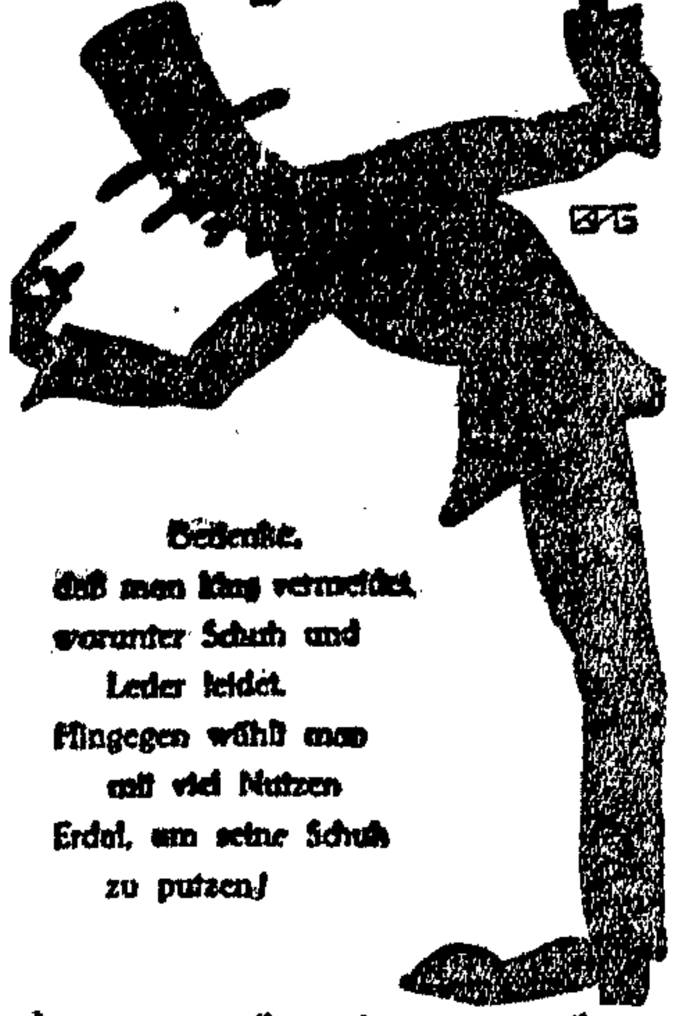
Außerdem **Das Gesicht im Spiegel**
Detektivschauspiel in 5 Akten von Siegfried Dessauer.

Keine erhöhten Preise.

Beginn der Vorstellung Sonntags 3 Uhr, Wochentags 6 Uhr, Ende 10.45 Uhr.
Beginn der Abendvorstellung 8.30 Uhr

Erdal

Schuhpulz



Bedenke,
daß man klug vermeidet,
worunter Schuh und
Leder leidet.
Hingegen wählt man
mit viel Nutzen
Erdal, um seine Schuh
zu putzen!

schwarz / gelb / braun / rotbraun
Alleinhersteller: Werner & Mertz, Mainz

Kammer-Lichtspiele

Heute bis einschl. Donnerstag

Künstler-Wettstreit im Film

Luzie Höflich, Ed. v. Winterstein, Jlka Grüning, Paul Hartmann, Eugen Klöpfer, Reinhold Schünzel, Karl Platen, Jenni Marba, W. Diegelmann, Irene Katsch, Fr. Beckmann, Gustav Boltz, Harry Berber, Paul Graetz, Martha Dibbern

in

Maria Magdalena

ein bürgerliches Trauerspiel von Friedrich Hebbel. — Für den Film bearbeitet in 5 Akten. Regie Reinhold Schünzel.

Lotte Neumann, Felix Basch, Ferry Sickla in

Die Frau im Doktorhut

ein Lotte-Neumann-Lustspiel in 4 Akten.

Beginn der Vorstellung: Sonntags 3 Uhr, wochentags 6 Uhr. — Ende 10.45 Uhr. Beginn der Abendvorstellung 8.30 Uhr.

Jeden Sonntag von 11 bis 1 Uhr Frühvorstellung.

Fürstenhof-Prunksaal
Täglich 7½ Uhr
Der einzigartige Spielplan. 118
Freitag: Vorstellung zu halben Preisen.

Fürstenhof-Tunnel
Donnerstag den 8. Juli
Ehrenabend der beliebten Bayern. 118

ZL

Zirkus-Lichtspiele

Bis Donnerstag

Das Qualitätsprogramm:

Johannes Goth

Schauspiel in 5 Akten mit
Karola Toelle
Ernst Stahl-Nachbaur
Werner Krauss

Der unübertreffliche Wiener Kunstfilm

Arme Maria

Drama in 5 Akten. M 171

Spielzeit: Wochentags 6—10.45 Uhr. Sonntags 3—10.45 Uhr.

1576

Raucht Bonitas!

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 155. Magdeburg, Dienstag den 6. Juli 1920. 31. Jahrgang.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 5. Juli 1920.

Wohnungselend der Flüchtlinge.

Der Verein der Flüchtlinge aus Posen, Ost- und Westpreußen schildert in einer Zuschrift das Wohnungselend der Flüchtlinge und übt scharfe Kritik an der Tätigkeit des Wohnungsamts. Es wird darauf hingewiesen, daß Häuser zu Geschäftshäusern umgebaut werden. Erinnert wird an den Umbau des Keublerschen Hotels für die Firma Eisenmatthes in der Wilhelmstraße und an den Umbau des „Würzburgers" am Alten Markt. Es sei höchste Zeit, daß das Wohnungsamt darangehe, die großen und größten Wohnungen zu teilen, um der großen Not zu steuern. Unter großen Wohnungen wären solche von sieben bis zehn und mehr Zimmern zu verstehen, die nur von einer, höchstens zwei Personen bewohnt werden.

Heraus auch mit den Leuten aus ihren Stadtwohnungen, die außerhalb Magdeburgs noch Villen besitzen! Heraus mit den Möbelspeichern aus den für menschliche Zwecke benutzbaren Wohnungen! Heraus auch mit den Geschäften und Bureaus aus den Wohnungen! Bringt diese unter in den Kasernen, Kasematten und Baracken. Nicht länger mehr darf die Bevölkerung dulden, daß Flüchtlinge, die von den Polen drangsaliert und wegen ihrer deutschen Gesinnung ausgewiesen werden, in Eisenbahnwagen, in den feuchten Kasematten der Festungswerke und in Maschinenhallen eine notdürftige Unterkunft haben, die jeder Sittlichkeit und Hygiene Hohn sprechen. In den großen Hallen sind Räume durch Schränke abgeteilt und dort hausen Männlein und Weiblein, in einem Raume sechs Familien, so zusammen.

Um gründliche Arbeit zu leisten, wäre es hohe Zeit, die schon oft verlangte Dezentralisation des Wohnungsamts endlich vorzunehmen. Die Errichtung von Wohnungsnachweisen in allen Stadtteilen würde die Wohnungsnot bald vermindern und dem Wohnungsamt die Arbeit erleichtern. Auch ehrenamtliche Mithilfe aus Kreisen der Wohnungsuchenden würde helfen, dem Wohnungsmangel eher zu steuern, als die Tätigkeit bezahlter, auch weiblicher Kräfte, von denen die Sage geht, daß sie einer „guten Zurede" nicht unzugänglich sein sollen. Und vor allen Dingen wäre es angebracht, daß die Meldungen von großen Wohnungen, die eine Teilung lohnen, nicht mehr — wie bisher vielfach — unberücksichtigt bleiben.

Wichtig wäre auch die Nachprüfung der Verhältnisse von früher schon geteilten Wohnungen. Gerade hier gibt es manche Wohnungsinhaber, die den ihr zugewiesenen Mieter nicht zu nehmen brauchten, weil sie sie angeblich inzwischen anderweitig vermietet hatten. In Wirklichkeit halten sie sich von außerhalb Verwandte oder Bekannte zu Besuch kommen lassen, die dann nach einiger Zeit, wenn die Gefahr vorüber war, ruhig wieder abreisten.

*

Wir haben der Zuschrift im wesentlichen gern Raum gegeben, weil den Flüchtlingen geholfen werden muß. Ob die Anschuldigungen gegen das Wohnungsamt in allem berechtigt sind, können wir nicht beurteilen. Es steht auch dahin, ob die in der Zuschrift gemachten Vorschläge (Dezentralisation des Nachweises usw.) der Not wirksam zu steuern geeignet sind. Mühevoll ist es freilich für Leute, die in Außenbezirken untergebracht sind, immer wieder den Gang nach der innern Stadt machen zu müssen. In der großen Zahl der Anwärter, die sich an der zentralen Stelle zusammenfinden, ist dann noch stundenlanges Warten vor der Abfertigung notwendig. Jedenfalls müssen die Vorschläge geprüft werden. —

Hetze gegen den Achtstundentag.

Folgende Notiz lief dieser Tage durch die deutsche Presse:

„Der in Hannover tagende Eisenbahnrat der Bezirke Hannover und Münster faßte nach einem Vortrag des Eisenbahndirektionspräsidenten Wesener einstimmig folgende Entschließung: Eine Gesundung des Eisenbahnwesens und der deutschen Volkswirtschaft ist von der fortgesetzten Erhöhung der Tarife nicht zu erwarten. Die Wurzel des Uebels liegt in der allgemeinen Einführung des Achtstundentags, der ohne internationale Reglung für Deutschland vollständig untunlich erscheint."

Die Arbeiterschaft hat ein Recht zu fragen, wer ist der Bezirkseisenbahnrat Hannover-Münster? Er setzt sich zusammen aus: 16 Vertretern der Handelskammern und Vorstehern der Kaufmannschaften, 18 Vertretern der Industriellen-Verbände, unter andern Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, Norddeutscher Verein für Holzhandel und Holzindustrie, Verband deutscher Leinenindustrieller Bielefeld, Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands in Berlin, Verband rheinisch-westfälischer Baumwollspinner in Duisburg, Vereinigung des Fischgroßhandels und der Fischindustrie in Geestemünde, Verein der Spiritusfabrikanten in Berlin, außerdem aus 19 Vertretern von Landwirtschaftskammern der Provinzen Hannover, Westfalen, Sachsen, Brandenburg, Rheinprovinz und des Regierungsbezirks Kassel, ferner Vereinigung der Waldbesitzer Mitteldeutschlands in Frankfurt, Verein zur Förderung der Moorkultur im Deutschen Reich in Berlin und der Deutsche Seefischereiverein in Berlin.

Also kaum ist durch die Kurzsichtigkeit eines Teiles der Arbeiterschaft und „hervorragender politischer Führer" die Regierung in die Hände der bürgerlichen Parteien gespielt, und schon regen sich wieder alle einflußreichen Gebilde vom Großagrarier bis zum Schwerindustriellen, vom Handelskammersyndikus bis zum Eisenbahnpräsidenten, um den Achtstundentag, um dessen Einführung zwei Menschenalter von der organisierten Arbeiterschaft gekämpft wurde, zunichte zu machen. —

Zum Abbau der Zwangswirtschaft.

Der neue Reichsernährungsminister Dr. Hermes bemüht sich eifrigst um den Abbau der sogenannten Zwangswirtschaft in der Hoffnung, das Preisniveau auf diesem Wege zu senken. Kartoffeln, Fische, Obst, Gemüse, Eier und, wie die folgende Wolff-Meldung zeigt, auch Käse sind für die Einfuhr freigegeben worden. Der neue Minister hofft, auch Fleisch und Fett aus der Zwangswirtschaft zu lösen und will nur noch Brotgetreide und Milch fest in der Hand behalten.

Wäre es möglich, die Einkommen der großen Masse unsers Volkes durchgängig dem Preisniveau eines freien Lebensmittelmarktes anzupassen, dann könnte diese Aufgabe der öffentlichen Bewirtschaftung vielleicht eine Besserung unsrer Lage bringen. Bei der fortschreitenden Erwerbslosigkeit und der stark sinkenden Kaufkraft der Massen sowie der Gefahr, daß eine Verschlechterung der Valuta wieder eintreten kann, ist der Abbau der Zwangswirtschaft jedoch ein sehr gefährliches Experiment, zumal der Minister nichts andres als den völlig freien Handel an die Stelle der „Zwangswirtschaft" treten läßt. Wir gehen also großen Gefahren entgegen, für die die neue Regierung die Verantwortung zu tragen hat.

In der völlig freien, anarchischen Wirtschaft entfällt auf den einzelnen Warenverteiler ein zu kleines Quantum Ware. Die Zwangswirtschaft ist zweifellos eine Einrichtung, die unzulänglich ist und umorganisiert werden sollte, so bald als möglich. Wir sehen aber eine Besserung nur dann, wenn man die Warenverteilung einer Organisation überträgt, die mit den besten technischen Hilfsmitteln die Waren auf dem kürzesten und billigsten Wege an die letzten Verbraucher heranbringt. Selbst bei freiem Handel haben wir heute Monopolpreise infolge der Warenknappheit und des schlechten Valutastandes. Fragen wir nur, warum das Ei, das früher 5 und und 10 Pfg. kostete, heute 1,50 Mark kostet! Weil der Händler bis an die äußerste Grenze der Kaufkraft der Kaufkräftigen herangehen kann, weil infolgedessen der „Erzeuger" schon einen Produzentenpreis von ähnlicher Höhe erlangt.

Zu der schon erwähnten Freigabe des Käses meldet die amtliche Notiz:

Das Verbot der Einfuhr von Käse ist aufgehoben. Die Händler werden jedoch guttun, keine langfristigen Verträge abzuschließen. Von der allgemeinen Freigabe der Einfuhr bleibt Weichkäse ausgeschlossen.

Wir werden ja bald erfahren, zu welchen Preisen der freie Handel die bekannten ausländischen Käsesorten uns anbieten wird. Hoffentlich sind wenigstens die Konsumvereine gut auf dem Posten und überraschen ihre Mitglieder bald mit recht gutem und preiswertem Einfuhrkäse. —

— **Rechnet mit den Sammellisten ab!** Das Parteisekretariat ersucht die Parteigenossen, die noch ausstehenden Sammellisten zum Wahlfonds umgehend im Sekretariat zur Abrechnung vorzulegen. —

— **Von der Straßenbahn.** Als eine Folge des 6. Juni kann es angesehen werden, daß die Direktion der Straßenbahn jetzt Maßnahmen ergreift, an deren Durchführung sie im vorigen Jahre nicht gedacht hätte. „Wir wollen doch wieder aufbauen, wir wollen doch, daß das Wirtschaftsleben wieder in Gang gesetzt wird!" In diesen Tönen faselte die Direktion der Straßenbahn noch im vorigen Jahre bei jeder Gelegenheit, namentlich bei Verhandlungen mit ihrem Personal. Jetzt nach den Reichstagswahlen fühlen sich die Herrschaften wieder. Wir haben vor kurzem schon darauf hingewiesen, daß die Betriebseinschränkungen und Personalentlassungen, die nun zum großen Teile schon durchgeführt sind, nicht notwendig waren. Die Gründe, die dafür angeführt wurden, sind nicht stichhaltig. Nur weil man in andern Städten Entlassungen vorgenommen hat, muß man es in Magdeburg auch tun, trotzdem hier die Sachlage durchaus nicht dazu drängt. Unhaltbare Zustände haben sich auch herausgebildet. Der Anhängewagenbetrieb ist eingeschränkt, aber man sieht, daß die Motorwagen teils überfüllt sind und die Fahrgäste an den Haltestellen stehenbleiben, namentlich in der Zeit von 8 bis 9 Uhr vormittags und 8 bis 9 Uhr abends. Die Direktion äußert sich dahin: „Wer nicht mitkommt mit dem Wagen, muß auf den folgenden Wagen warten, der ist dann mit Anhängewagen versehen!" Bestimmte Linien der Magdeburger Straßenbahn, die eigentlich mehr auf das Warten als auf das Fahren eingestellt zu sein scheinen, haben der Bahn beim Publikum schon allerlei schöne Spitznamen eingetragen. Eine weitere Maßnahme, die als Schikane gegen das fahrende Publikum aufgefaßt werden kann, ist die, daß das Personal erneut auf die Dienstvorschriften hingewiesen wird, daß die Unterbringung von umfangreichen Gepäckstücken, Tragkörben, Koffern und Reisekörben nicht gestattet ist. Wenn nun die Abwanderung von Fahrgästen eine derartige ist, wie die Direktion immer angibt, so sollte sie doch froh sein, wenn die mit Gepäck versehenen Personen die Straßenbahn noch benutzen, oder man sollte doch dazu übergehen, zu beantragen, daß Gepäckfahrscheine eingeführt werden dürfen. So werden aber die Aufsichtsbeamten angewiesen, streng auf das Personal zu achten, daß die Vorschriften genau innegehalten werden. Natürlich gehen dann die Begriffe, was unter Handgepäck und größerem Gepäck zu verstehen ist, auseinander. Es gibt darum oft stürmische Auseinandersetzungen zwischen Personal, Aufsichtsbeamten und Publikum. Da nun das Fahrpersonal und auch das fahrende Publikum unter den gegebenen Verhältnissen jetzt nicht in der Lage sind, auf die Straßenbahn einzuwirken, so ist es wohl Pflicht des Regierungspräsidenten als Aufsichtsbehörde, der Straßenbahn zu sagen, daß sie mit der Einwohnerschaft der Stadt Magdeburg nicht schalten und walten kann, wie es ihr beliebt. —

— **Elternversammlung** der 3. Bürger-Knabenschule am Mittwoch den 7. Juli, abends 7½ Uhr, im Zeichensaal genannter Schule, Augustastraße 22, Eingang Gneisenaustraße. Vortrag über Jugend und Schule. Eltern, erscheint alle! —

— **Elternabend.** Der Elternbeirat und die Lehrerschaft der Sudenburger Bürgermädchenschule veranstalten am 29. Juni einen Elternabend. Der große Saal von Bremers „Konzerthaus" war bis auf den letzten Platz gefüllt. Ein reichhaltiges und interessantes Programm, das von den Schülerinnen ausgeführt wurde, fesselte die andächtige Zuhörerschaft von Anfang bis zu Ende. Der Vorsitzende des Elternbeirats hielt die Begrüßungsansprache. Alsdann folgten Gesang, Deklamationen und turnerische Aufführungen in bunter Reihenfolge. Sämtliche Darbietungen zeugten von regem Fleiß und anerkennenswerter Tüchtigkeit der Schülerinnen und von voller Hingabe ihrer Lehrerinnen und Lehrer. Den anwesenden Eltern und Kindern wird dieser genußreiche Abend noch lange in Erinnerung bleiben. Für die Veranstalter aber bedeutet dieser erste Versuch einen vollen Erfolg. Zu wünschen wäre nur ein ebenso zahlreicher Besuch der Eltern, wenn wir sie nach den Ferien zu ernsten Beratungen einladen. — H.

— **Der Kampf um den Lohnabzug.** Im Steuerausschuß des Reichstags kam es auch heute noch nicht zu einem Beschluß. Als Ergebnis der mehrstündigen Aussprache kann die allgemeine Auffassung aufgestellt werden, daß von keiner Fraktion, mit Ausnahme der Unabhängigen, die Aufhebung der §§ 45 u. ff. des Einkommensteuergesetzes vertreten wird, dagegen die schablonenhafte Anwendung gemildert werden soll. Es soll versucht werden, durch Erhebung eines Pauschalbetrags in einer der Steuerleistung nahekommenden Höhe eine Erleichterung des Abzugs zu versuchen, so daß der feste Satz von 10 Prozent nicht unter allen Umständen festgehalten werden kann. Von Rednern des Zentrums, der Demokraten, der Deutschen Volkspartei, der Sozialdemokraten und der Bayrischen Volkspartei wurde dargelegt, daß die Bevölkerung, auch die Arbeiterschaft von den Steuerleistungen überzeugt sei und keineswegs an Sabotage denke. Es wurde Aufklärung gewünscht auch in der Presse über die Steuergesetze und die Verwendung der Steuerbeträge. Staatssekretär Mösle sagte eine Prüfung zu. Schließlich wurde ein Unterausschuß eingesetzt, in den jede Fraktion ein Mitglied entsendet. Zum Berichterstatter für das Plenum wurde der Zentrumsabgeordnete Allekotte bestimmt. —

— **Eine interessante Feststellung.** In der vergangenen Woche ist es auch in den Schuhgeschäften der Städte Wilhelmshaven und Rüstringen zu Zwangsverkäufen und Plünderungen gekommen. Der Verlust der geschädigten Geschäftsleute soll sich nach deren Angaben auf zwei Millionen Mark belaufen, da die Geschäfte total ausgeplündert worden seien. Interessant ist, daß in einer Versammlung des dortigen Vereins für Handel und Gewerbe mitgeteilt wurde, daß organisierte Arbeiter nicht unter den Plünderern gewesen seien. Neben dem unorganisierten Pöbel seien „bessere Bürger", Gymnasiasten, Geschäftsfrauen usw. an den Plünderungen beteiligt gewesen. Der Syndikus des Verbandes der Wilhelmshavener Handelsgeschäfte, Rechtsanwalt Dr. Bender, betonte, daß man der organisierten Arbeiterschaft zu großem Danke verpflichtet sei. Hätte nicht das Gewerkschaftskartell eingegriffen und Posten und Patrouillen gestellt, so hätten sich die Dinge noch viel schlimmer entwickelt. —

— **Reichstarif für die Uniform-Lieferungsschneiderei.** Vom Deutschen Bekleidungs-Arbeiter-Verband wird uns geschrieben: Der Reichstarif ist nunmehr von der Eisenbahndirektion und den Unternehmern anerkannt. Der Tarif tritt rückwirkend am 1. April 1920 in Kraft, demzufolge sind die Löhne vom 1. April an nachzuzahlen. Schneiderinnen, welche die Arbeit in der Zwischenzeit aufgegeben haben, müssen die Nachzahlung ebenfalls ab 1. April verlangen. Tarife sind im Bureau zu haben. —

— **Die Ausstellung der Kunstgruppe Magdeburg** — Malerei — Graphik — Plastik — Kunstgewerbe — in der Kunsthalle Brandenburger Straße ist bis 25. Juli verlängert. —

× **Rückkehr lettischer Kriegsgefangener.** Der Polizeipräsident veröffentlicht folgende Bekanntmachung: In Kürze sollen alle sich noch in Deutschland befindlichen Kriegsgefangenen lettischer Nationalität in die Heimat abtransportiert werden. Zurückbleiben dürfen nur solche, die schriftlich auf Heimtransport verzichtet haben. Lettische Kriegsgefangene und Internierte, die sich widerrechtlich aus den Lagern und zugewiesenen Arbeitskommandos entfernt haben, müssen sich, falls sie nach Lettland abtransportiert werden wollen, beim nächstgelegenen Gefangenenlager ihres jetzigen Aufenthalts zur Ueberweisung nach Altdamm einfinden. Für die in Magdeburg in Frage kommenden Ausländer ist das Gefangenlager Zerbst zuständig. Bestrafungen wegen eigenmächtigen Entfernens haben sie in diesem Falle nicht zu gewärtigen. Desgleichen haben alle ehemaligen russischen Staatsangehörigen, die nach den bestehenden Gesetzen jetzt ein Anrecht auf die lettische Staatsangehörigkeit zu haben glauben und nach Lettland zurückzukehren wünschen, unverzüglich ihre Adresse und Gesuche an das Heeresabteilungs-Hauptamt, U 7/NK (Abw.), Berlin, Prinz-Albrecht-Straße 9, einzusenden, welche das Weitere veranlassen wird. —

— **Ueberlistet.** Vor etwa 4 Wochen meldeten wir die Verhaftung des Inhabers der Gold- und Silberschmelze Rud. Christoffel, weil er einem Berliner Kaufmann Herndel 60 000 Mark unter der Vorspiegelung abgenommen hatte, mit ihm zusammen ein Platingeschäft machen zu wollen. Christoffel war mit Herndel bis zum Hause des Verkäufers gegangen, ließ sich dort das Geld geben, da der Verkäufer angeblich nur mit ihm allein unterhandeln wollte. Chr. verschwand dann durch den zweiten Ausgang des Hauses, nachdem er dem vor der Haustür wartenden H. durch einen Boten eine Quittung über den erhaltenen Betrag hatte überreichen lassen. Die Angelegenheit hatte jetzt ein Nachspiel vor dem Schöffengericht. In der Verhandlung wurde festgestellt, daß von einem Betruge keine Rede sein könne. Christoffel hatte eine List angewendet, um einen faulen Schuldner zur Zahlung zu zwingen. H. hatt den Chr. unter der Angabe, daß er sein Barvermögen von ¾ Millionen in Edelmetallen anlegen wolle, zur Lieferung von größern Mengen Platin veranlaßt. Um Chr. sicher zu machen, bezahlte er auch die ersten Lieferungen; dann aber erklärte er sich plötzlich für mittellos. Das gleiche Verfahren soll er auch andern Lieferanten gegenüber angewandt haben, die dadurch ebenfalls empfindlich geschädigt wurden. Da das Vorgehen Christoffels sich nun als ein Akt berechtigter Selbsthilfe charakterisierte, beantragte der Staatsanwalt seine Freisprechung. Der Gerichtshof schloß sich dem Antrag an. —

× **Gestohlen** wurden aus einer Fabrik in der Rogätzer Straße Treibriemen in Breiten von 5, 7, 8, 10 und 11 Zentimetern; von einem Trockenplatz am Alten Fischerufer ein weißblau gestreiftes Sommerkleid, eine wollene Frauenjacke, ein blauer Frauenrock und eine blaue Männerhose; aus Zigarrengeschäften in der Hohepforte- und Cracauer Straße größere Mengen Zigarren, Zigaretten, kurze Pfeifen, Zigarrenspitzen und Zigarettenpapier; aus einer Wohnung in der Regierungstraße ein heller Winteranzug, ein dunkler Herbstüberzieher und ein Frack; aus einem Verkaufsladen in der Halberstädter Straße etwa 8 Meter rosa Seidenstoff; auf dem Hauptbahnhof eine goldene Herrenuhr mit Sprungdeckel (gez. R. N.) und goldene Uhrkette; aus einer Werkstatt in Salbke 20 Spiralbohrer, ein 8½ Kilogramm schweres Stück Tantembronze und sieben Stirnfräser; aus einer Wohnung in der Stettiner Straße ein dunkler Herrenanzug; aus einem Wäschegeschäft in der Kaiserstraße ein größerer Posten Krawatten, Handschuhe Socken und Herren-Halswäsche; aus einem Schaufenster in der Pionierstraße nach Zertrümmerung der Scheibe Herren- und Damenschnürstiefel; aus einem Unterkunftsraum im Luisengarten Kleidungsstücke und Gartengeräte verschiedener Art. —

× **Scheckbetrüger.** In letzter Zeit ist in verschiedenen Städten Mitteldeutschlands ein Scheckbetrüger aufgetreten, der sich besonders mit Firmen der chemisch-technischen Branche in Verbindung setzte und deren Produkte zu liefern versprach. Er bediente sich verschiedener Namen, ließ sich auf Warenbestellungen Anzahlungen machen, lieferte aber nicht; er besaß überhaupt keine Ware. Es gelang jetzt, in Dresden den Betrüger in der Person des Kaufmanns Edwin Bielitz aus Züllichau zu ermitteln und festzunehmen. Etwa hier in dieser Weise Geschädigte werden ersucht, sich bei der Kriminalpolizei, Zimmer 66, zu melden. —

× **Schreibmaschinendiebstahl.** Aus der Landesdirektion zu Merseburg wurden in der Nacht zum 4. d. M. sieben Schreibmaschinen: Regina Nr. 16673, Ideal Nr. 30151, Kontinental Nr. 138828 und Nr. 116105, Adler Nr. 84419 und Sios ohne Nummer mit neunstufigem Stellwerk gestohlen. Für Wiederherbeischaffung der Maschinen sind 7000 Mark Belohnung ausgesetzt. —

× **Festgenommen** wurde der Kutscher Willi Herrmann, Kroatenweg 5, der in der Nacht zum 22. v. M. im Langen Weg einen Einbruch verübt, eine größere Menge Silbersachen und in der Nacht zum 26. v. M. aus einem Verkaufsladen in der Herrenkrugstraße mittels Einbruchs Lebensmittel und ein Fahrrad gestohlen hat; sein Komplice war der wegen andrer Straftaten sich bereits in Haft befindliche Willi Heberle. — In Haft genommen wurde ferner der Versicherungsinspektor Bruno Kujawa, Moltkestraße 7, wegen Erregung öffentlichen Aergernisses. —

Magdeburger Partei-Nachrichten.

Sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion. Am Dienstag den 6. Juli, abends 6 Uhr, Sitzung. [372

Sozialdemokratischer Verein.

Bezirk Süd. Mittwoch den 7. Juli, abends 7 Uhr, Sitzung sämtlicher Funktionäre bei Genthe, Kaiserstraße.

Die eingestampfte „Metallarbeiterzeitung".

In der wüstesten Weise wurde die „Volksstimme" von einem gewissen Blatte beschimpft, weil wir auf Grund der Mitteilungen des Unabhängigen Malzahn über merkwürdige Vorgänge im Metallarbeiterverband berichtet haben.

Von einer „Schlammflut der „Volksstimme"" wagte man zu sprechen, Brandes übergoß uns mit den unflätigsten Schimpfwörtern, die unabhängigen Vertrauensleute des Metallarbeiterverbandes wurden derartig angelogen, daß sie in voller Entrüstung den Boykott über die „Volksstimme" verhängten — und nun ergibt sich aus dem Bericht über die Sitzung des Beirats in Stuttgart, daß nicht nur die Angaben Malzahns, sondern auch unsre Folgerungen voll bestätigt wurden.

Die Zustände in der jetzigen Leitung des Metallarbeiterverbandes sind sogar viel verworrener und gefahrdrohender, als wir damals annahmen.

Das Hineintragen politischer Streitigkeiten in die Gewerkschaften hat sich bitter gerächt. Nur wenige Monate hat die Einigkeit auf dem „revolutionären" Boden des unabhängigen Programms gedauert. Schon seit Januar 1920 kämpfen die Leute um Richard Müller gegen die Brandes und Dißmann.

Dem „Hamburger Echo", das im März diese Meinungsverschiedenheiten andeutete, wurde „rechtssozialistischer Schwindel" vorgeworfen. Das „Hamburger Echo" hatte aber recht. Die Brandes und Dißmann waren es, welche bewußt die Mitglieder zu täuschen versuchten. Diese Täuschungsversuche hat Brandes noch Anfang Juni fortgesetzt, denn in seiner „Berichtigung", die er uns auf unsern Artikel sandte, behauptet er:

> Es ist falsch, daß ich den Mut aufgebracht hätte, die gesamte Mitgliedschaft über die Meinungsverschiedenheit zwischen Redaktion und Verbandsvorstand zu täuschen und die Andeutungen des „Hamburger Echo" als niederträchtigen Schwindel zu bezeichnen . . .

In der Beiratssitzung hat sich Brandes über Müller in der bittersten Weise ausgesprochen. Der Hauptstreitpunkt bildet die Betriebsrätezentrale, die doch ein ureignes Kind der Unabhängigen ist. Brandes stellte fest:

> Die Betriebsrätezentrale arbeitet in bestimmter Beziehung gegen die Gewerkschaften und verwirrt unsre geschlossenen Reihen; verschiedene Vorgänge beweisen das. Richard Müller, als hervorragender Funktionär des Verbandes, ist dabei stark beteiligt.

Dißmann warf in einer Vorstandssitzung Rich. Müller geistige Verwüstung der Mitglieder vor.

Rich. Müller dagegen wirft den Brandes und Dißmann vor:

> Dißmann glaube jetzt das, was Legien und Genossen sagen; früher habe Dißmann auf seiner Seite gestanden.

In seiner Austrittserklärung weist Rich. Müller darauf hin, daß er auf dem Verbandstag seine grundsätzlichen Anschauungen dargelegt und daraufhin als Redakteur gewählt wurde. Zuerst sei auch der Vorstand mit der Haltung der „Metallarbeiter-Zeitung" einverstanden gewesen. Später habe sich das geändert. Darum kommt Rich. Müller zu folgenden Schlüssen:

> Nachdem der Vorstand die Betriebsräte als die Träger des wirtschaftlichen Rätesystems anerkannt hatte, was sich logischerweise aus der Erklärung des Verbandstags ergab, forderte ich in einem Artikel „Der Kampf um die Betriebsräte" in der Nummer 12 der „M.-Z." vom 20. März 1920 die Wahl revolutionärer Betriebsräte, die sich auf den Boden unsrer Verbandstagsbeschlüsse stellen. Dies entsprach auch den Beschlüssen des erweiterten Beirats. Ich wies weiter die Versuche des Vorstandes des A. D. G. B. (Allgemeiner deutscher Gewerkschaftsbund unter Vorsitz Legien. Red.) zurück, der nur Betriebsräte anerkennen wollte, die auf dem Boden der Nürnberger Kongreßbeschlüsse stehen, das heißt, die die Arbeitsgemeinschaften anerkennen und das Rätesystem verwerfen.
>
> In der folgenden Nummer der „M.-Z." trat mir der Vorsitzende Dißmann entgegen und empfahl die Wahl der Betriebsräte nach dem Beschluß der Berliner Gewerkschaftskommission, wobei er erklärte, daß es falsch sei, anzunehmen, der Vorstand des A. D. G. B. wolle den Mitgliedern seine politische Meinung aufzwingen. In den Richtlinien des Vorstandes des A. D. G. B. wurde klar und scharf gefordert, daß die Kandidaten zu den Betriebsrätewahlen die Nürnberger Kongreßbeschlüsse anerkennen müssen. Der Vorstand billigte die Haltung Dißmanns.
>
> Ich erblicke in diesem Verhalten Dißmanns und des Vorstandes den Beginn der Preisgabe unsrer von der Verbandsgeneralversammlung festgelegten Grundsätze und darin eine Annäherung an die Grundsätze des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbunds.
>
> Weitere Differenzen zwischen Vorstand und mir ergeben sich aus der jetzt vorzunehmenden Zusammenfassung der Betriebsräte. . . . Der Vorstand bringt Vorschläge, die sich an die Richtlinien des Vorstandes des A. D. G. B. anlehnen, niemals die Fassung eines wirtschaftlichen Rätesystems ermöglichen werden, wohl aber eine weitere Annäherung an die grundsätzliche Stellung des Gewerkschaftsbundes zur Folge haben müssen.
>
> Zwingen mich diese sachlichen Differenzen zu diesem Schritte, so werden dieselben noch vermehrt durch persönliche. Der Vorsitzende Brandes hat mir unehrliche Kampfesweise gegenüber dem Vorstand vorgeworfen. Damit ist das Verhalten Brandes' gerichtet.

Müller kündigt zum Schlusse seiner Erklärung neue Kämpfe innerhalb des Metallarbeiterverbandes an und fordert seine Anhänger auf, zu diesem Zweck im Verband zu bleiben.

Die Schriftleitung der „Metallarbeiter-Zeitung" sagt von der „Erklärung" Rich. Müllers, sie sei „nur das Trara, um sich die Märtyrerkrone aufs Haupt zu drücken".

Der Vorstand wehrt sich natürlich gegen den Vorwurf, er habe die Beschlüsse des Verbandstags verlassen.

Die Berliner Delegierten haben sich für Rich. Müller erklärt: So meinte der Berliner Unabhängige Ziska:

> Ein Teil der Kollegen, die die Mehrheit auf dem letzten Verbandstags bildeten, befinden sich im Zweifel darüber, ob der Vorstand die an ihn geknüpften Erwartungen erfüllt hat. Die Berliner Kollegen fürchten, daß der Vorstand in das Fahrwasser zurückgekehrt ist, das der letzte Verbandstag verworfen hat. In Berlin ist man der Ansicht, daß die Redaktion ihre Schuldigkeit getan hat im Sinne der Verbandstagsbeschlüsse.

Rich. Müller und seine „radikalen" Berliner und sonstigen Freunde haben recht, wenn sie sagen, daß zwischen den Worten der Dißmann und Brandes vor und während des Verbandstags und ihren Taten nach ihrer Wahl ein Widerspruch klaffe. Es ist eben eingetreten, was damals vorausgesagt wurde: Brandes und Dißmann können auch nur mit Wasser kochen. Sie werden genau wie der alte Vorstand arbeiten müssen und sich hüten, den Verband nach revolutionären Phrasen zu leiten, oder sie richten ihn zugrunde. Die Spielerei mit den „revolutionären" Betriebsräten ist für die Arbeiterschaft äußerst gefährlich, das haben Brandes und Dißmann bald einsehen müssen.

Die Brandes und Dißmann haben nur nicht den Mut, ihren Anhängern die Wahrheit zu sagen und zu gestehen, daß sie Unmögliches versprochen hatten.

Sie setzen die Unehrlichkeit auch in Einzelheiten fort. So gibt der Redakteur Haase folgende „Erklärung" zur Einstampfung der Nr. 18:

> Der Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes hat keine Zeitung beschlagnahmt und sie dann einstampfen lassen. Richtig ist, daß ich als Verantwortlicher während der Abwesenheit des Kollegen Müller den Artikel herausgenommen habe, um Irrtümer zu vermeiden. Von einem „Stören wirtschaftsfriedlicher Verhandlungen" konnte nicht die Rede sein, ich hatte nur die Pflicht, in der Presse wahrheitsgemäß zu berichten. Die Verhandlung über Schaffung einer Arbeitsordnung wurde allgemein mit Spannung verfolgt und ohne Kommentar hätte der Artikel ein ganz schiefes Bild vom Stande der Dinge gegeben. Dem Verband ist ein Schaden von 8000 Mark entstanden nur durch die oberflächliche Redaktionstätigkeit Richard Müllers, da ihm seine Tätigkeit für die Rätezentrale näher lag als seine Tätigkeit als Redakteur. Bezeichnend ist auch, daß diese Tatarennachricht von einem Getreuen Richard Müllers in die Oeffentlichkeit lanciert wurde. Wer die Verhältnisse kennt, wird sich besonderer Gedanken nicht erwehren können. Die weitern Schritte Müllers können hierfür als Beweis dienen.

Allerdings, „besonderer Gedanken" können wir uns bei dieser Erklärung nicht erwehren.

Haase behauptet, es wäre keine Zeitung eingestampft worden, er habe den betreffenden Artikel „herausgenommen". Der Schaden betrage nur 8000 Mark.

Aus der Nr. 26 der „Metallarbeiter-Zeitung" ergibt sich aber folgendes:

> Ein Mitglied des Hauptvorstandes, dem ein Exemplar der neuen Zeitung in die Hände gekommen war, machte telegraphisch die in Stuttgart weilenden Vorstandsmitglieder auf diesen Schnitzer aufmerksam. Kollege Schliestedt veranlaßte hierauf die Ausschaltung der Rotationsmaschine, die einige Stunden in Tätigkeit gewesen war.

Nach dem Bericht über die Beiratssitzung sprach Brandes ausdrücklich von Einstampfung eines Teiles der Nr. 18. Rich. Müller spricht von der Einstampfung der Nr. 18.

Unsers Wissens wird ein Teil der Millionenauflage der „Metallarbeiter-Zeitung" in Berlin gedruckt. Es ist also anzunehmen, daß dieser Teil bereits gedruckt war. In Stuttgart lief die Rotationsmaschine bereits einige Stunden, als das Telegramm des Vorstandsmitglieds einlief. In einigen Stunden liefert eine moderne Rotationsmaschine aber einige hunderttausend Exemplare.

Die Angabe, daß nur ein Schaden von 8000 Mark entstanden sei, kann unter diesen Umständen unmöglich stimmen. Das können höchstens die Kosten für Neuguß der Platten, nochmaliges Umbrechen und versäumte Arbeitsstunden sein. Papierkosten allein sind um das Vielfache höher.

Der Vorstand mag richtig gehandelt haben, als er die Einstampfung anordnete, und Haase war vernünftig, wenn er nachträglich zustimmte. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß er aus Angst geschah, die Verhandlungen mit den Unternehmern könnten wegen des Artikels in die Brüche gehen. Dann sollen aber die Brandes und Dißmann zu ihren opportunistischen Handlungen stehen und nicht von „zielbewußtem, revolutionärem Klassenkampf" reden, wenn sie Kniebeugen vor dem Unternehmertum machen.

Die Vorgänge im Metallarbeiterverband beweisen aufs neue, wie recht wir haben, wenn wir behaupten, daß innerhalb der Unabhängigen die Konfusion und Verwirrung grenzenlos sind und die Arbeiter von diesen Konfusionsräten sich nicht irreführen lassen sollen. Die Brandes und Dißmann werden nun von ihren einstigen Freunden mit den gleichen Mitteln bekämpft werden, mit denen sie den alten Vorstand stürzten. Von all diesen Kämpfen haben aber die Mitglieder des Metallarbeiterverbandes nur Schaden. —

Ein politischer Mordprozeß.

In der Sitzung am Freitag wird die Beweisaufnahme mit weiterer Vernehmung des Zeugen Toifl fortgesetzt. Vert.: Haben Sie jemand aufgefordert, die Spitzelin Schröder-Mahnke zu ermorden? — Staatsanw. Dr. Ortmann: Ich bitte, den Zeugen darauf aufmerksam zu machen, daß er berechtigt ist, die Antwort auf diese Frage zu verweigern. — Vert. Dr. Weinberg (erregt): Wir bemühen uns hier, ein schwerwiegendes Verbrechen aufzudecken, und es ist doch unglaublich, daß der Staatsanwalt versucht . . . — Vors. (unterbrechend): Ich muß doch den Herrn Staatsanwalt gegen einen derartigen Angriff in Schutz nehmen. — Staatsanw. Dr. Ortmann: Ich weise die Bemerkung des Verteidigers mit Entschiedenheit zurück. Es wird doch der Zeuge durch solche Fragen von der Partei terrorisiert. — Rechtsanw. Liebknecht (in höchster Erregung): Das ist doch unerhört. Es fehlt mir jeder parlamentarische Ausdruck, um dies zu charakterisieren. — Staatsanw.: Es handelt sich doch um Fragen, die tatsächlich nicht zur Sache gehören. — Vert.: Haben Sie also dazu aufgefordert, jemand zu ermorden? — Zeuge: Mit gutem Gewissen kann ich die Frage verneinen. Vert.: Haben Sie bei den Kommunisten eine militärpolizeiliche Abteilung gebildet? — Der Zeuge lehnt zunächst die Antwort auf diese Frage ab, erklärt dann aber: Die militärpolizeiliche Abteilung ist nicht von mir ins Leben gerufen, es war eine Einrichtung der Kampfabteilung. — Vert.: Haben Sie Befehle von Westarp, von Lebebour empfangen und weitergegeben? Sind Sie nicht mit einer Mappe umhergegangen, in welcher angeblich Todesurteile gewesen seien; sollten dadurch nicht die Kommunisten lediglich aufgereizt werden? — Zeuge: Nein. — Vert.: Haben Sie je den Befehl erhalten, Raubüberfälle zu unternehmen oder den Fichtmann zu töten? — Zeuge: Nein. — Vert.: Haben Sie an solchen Unternehmungen teilgenommen? — Zeuge: Darüber verweigere ich die Aussage. Diese Verweigerung erfolgt auch auf weitere Fragen: Ob der Zeuge Leute zu Raubzügen ausgerüstet habe, ob er sofort seinen Obervertrauensmännern Mitteilung von solchen Räubereien gemacht hat und ihm sogar gestattet war, das geraubte Geld zu behalten, und ob er für seine kommunistische Tätigkeit Gehalt bekommen habe.

Kriminalkommissar Maslack teilt sodann mit, daß ihm die Genehmigung zur Aussage auf die Frage der Verteidigung, ob die sogenannten Polizeiagenten bei dem Polizeipräsidium nicht unter ihrem Namen, sondern nach Buchstaben und Nummern geführt würden, von seiner vorgesetzten Behörde nicht erteilt worden sei. — Rechtsanw. Dr. Liebknecht: Da es sich hier auch darum handelt, eine Gesundung der polizeilichen Verhältnisse herbeizuführen, was durch eine Verdeckung der moralischen Defekte verhindert würde, so beantrage ich, nunmehr bei der vorgesetzten Behörde dieser Stelle die Erlaubnis zur Aussage über diesen Punkt nachzusuchen. Das Gericht beschließt jedoch, davon Abstand zu nehmen.

Auf Antrag des Rechtsanw. Dr. Weinberg wird nunmehr eine Frau Simanowski als Zeugin vernommen. Sie soll wissen, daß eines Tages der Zeuge Toifl die Aufforderung ausgesprochen hat, die Spitzelin Schröder-Mahnke zu er-

---

Wilhelm Picard.

Von J. Steiner-Jullien. Nachdruck verboten.

(16. Fortsetzung.)

12. Kapitel.

Der Tod.

Von einem Soldaten begleitet, fuhr Wilhelm nach Bordeaux, das ungefähr zwanzig Kilometer von Pontmaignac entfernt war.

Es war Tauwetter eingetreten und ein kalter Regen peitschte die kahlen Rebenhügel, zwischen denen kleine Kastanien- und Eichenhölzer eingestreut waren. Graue Wolkenmassen jagten unter dem bleiernen Himmel, und der eisige Wind drang durch alle Fugen des Waggons.

Die kurze Fahrt schien Wilhelm endlos. Bangigkeit und Trübsal lagen auf ihm. Trostlos und kahl wie die Landschaft erschien ihm sein Leben. Er fühlte nicht, daß er der Gefängnisluft entronnen war, und in Bordeaux angekommen, sah er nichts von dem bunt bewegten Straßenleben.

Sie schritten durch einen weiten Hof und wurden in einen Saal im zweiten Stock verwiesen. In seiner Stirn fiebete es und sein Herz schlug in ängstlicher Hast, als sie den langen, weiß getünchten Saal betraten, in dem in zwei Reihen Bett an Bett standen. Eine Krankenwärterin in weißer Bluse wies sie an Lisbeths Bett.

Sie lag wachsbleich und blutleer auf weißem Kissen, unter weißer Decke, die Augen geschlossen. Ihr rotblondes Haar, das ihr Gesicht umrahmte, ließ dieses noch weißer als das Kissen erscheinen.

Wilhelms Puls setzte aus, als er sie so sah. Kam er schon zu spät? . . .

Doch nein. Sie bewegte die durchsichtig magern Hände in einer fieberhaften, kurzen Bewegung. Es schien, als suchten diese Hände etwas. Dann lagen sie wieder still.

Der Soldat war in einer gewissen Entfernung geblieben. Wilhelm setzte sich leise auf den Stuhl, der neben dem Bette stand. Die Kehle war ihm zugeschnürt und die Hände hielt er schmerzhaft gekrampft. Er konnte und wagte nicht zu sprechen. Ihm war, der Hauch seiner Stimme könnte das flackernde Leben verlöschen.

So saß er in ohnmächtigem Schmerze.

Bitterkeit zog in sein Herz, während Tränen seinen Blick verschleierten. Das hatten sie aus seiner Lisbeth gemacht!

Sie schien seine Anwesenheit zu fühlen. Die Bewegung der Hände wurde unruhiger, schließlich begannen die Augenlider zu zittern, bis sie, wie mit einer schweren Anstrengung, sich öffneten.

Wilhelm beugte sich über sie.

Sie sah ihn an, mit starren, teilnahmslosen Augen.

„Ich bin's, Lisbeth."

Sie wandte ihm ihr Gesicht voll zu. Langsam, ganz langsam kam Ausdruck in ihre Züge, als kämen die fliehenden Sinne von weit her. Sie machte einen Versuch, zu lächeln.

„Geht es Dir jetzt besser, Lisbeth?"

„Es ist mir so kalt." Sie sagte es mit einer ganz leisen, durchsichtigen Stimme.

„Hast Du Schmerzen?"

Sie winkte verneinend mit den Augen. Ihre Hände begannen wieder die fiebernde Bewegung. Dann sagte sie mit derselben leisen Stimme, die von weit her zu kommen schien: „Das Kind war tot . . . und ich werd' auch sterben."

Wilhelm ergriff eine ihrer Hände; sie war kalt, wie die einer Toten.

„Es ist überstanden, Lisbeth, Du wirst wieder zu Kräften kommen."

Sie schien ihn nicht zu hören. Dann sagte sie, mit derselben fernen Stimme: „Was machen die Kinder?"

„Die sind ganz munter; Eva, Deine Nachbarin, kümmert sich um sie."

Sie schien angestrengt nachzudenken. Die Haut ihres Gesichts spannte sich in Falten, die Augen traten zurück in die Höhlen. Schließlich sagte sie mühsam: „Du mußt wieder heiraten; die Kinder brauchen eine Mutter."

Wilhelm schüttelte nur den Kopf; sprechen konnte er nicht.

Ihr Atem ging schwer, wie nach einer großen Anstrengung. Ihr Hand krampfte sich in der seinen. Dann sagte sie: „Aber keine Französin; die Franzosen sind schlecht."

„Du wirst wieder gesund werden, Lisbeth. In vierzehn Tagen bist Du wieder auf."

Sie hatte wieder die Augen geschlossen. Der Druck ihrer Hand ließ nach. Sie bewegte die Lippen, als wollte sie sprechen. Wilhelm beugte sich über sie, doch kein Laut drang an sein Ohr. Eine Weile lag sie bewegungslos.

Plötzlich seufzte sie tief, ihre Hand fiel schlaff aus der seinen — und dann lag sie ganz still . . .

„Lisbeth! . . . Lisbeth! . . ."

Sie regte sich nicht mehr.

Entsetzt und hilflos sah Wilhelm um sich. Eine Krankenwärterin kam an das Bett, beugte sich über Lisbeth, um nach ihrem Atem zu horchen; dann sagte sie mit mitleidiger Stimme: „Sie leidet nicht mehr."

Wilhelm schlug die Hände vor das Gesicht. Er biß die Zähne aufeinander, um nicht laut herauszuschreien. Er stöhnte wie ein zu Tode getroffenes Tier, tief und wehvoll.

Und dann weinte er und weinte.

13. Kapitel.

Lisbeths Beerdigung.

Er hatte sie da liegen lassen müssen, in dem großen, kalten Krankenhaus, wo niemand sie liebte. Er hatte ihrer nicht wachen, ihr nicht die letzten Liebesdienste erweisen dürfen.

Sie lag dort drüben, tot, und er hatte wieder zurück müssen in sein Gefängnis.

Seine Leidensgefährten gingen scheu um ihn herum, der mit zusammengezogenen Brauen auf seinem Lager saß, gebeugt von bitterm Schmerz, betäubt von der Schwere des Schicksals, das auf ihn herniederschlug. In seiner Seele aber grollte es.

Den andern Tag sah er seine Kinder. Die Kehle war ihm zugeschnürt und die Tränen stiegen ihm in die Augen, als die Mutterlosen auf ihn zugelaufen kamen. Er umfing sie mit seinen Armen, vergebens nach Worten suchend, um ihnen zu sagen, daß sie keine Mutter mehr hätten.

Die Kinder waren es, die zuerst von ihr sprachen. Sie fragten, ob die Mutter immer noch krank sei und ob sie bald wiederkommen werde.

Und ohne es zu wollen, ohne zu überlegen, log er. Ja, der Mutter ginge es besser, sagte er, aber sie sei noch krank, für lange, lange noch.

In seiner Hilflosigkeit, den Kindern zu erklären, was der Tod sei, entsetzt vor dem Abgrund, in den die Kinder hinabsehen würden, wenn sie hörten, daß sie keine Mutter mehr hätten, hatte Wilhelm gelogen. Und jetzt fühlte er sich erleichtert, den Kindern einen Schmerz erspart zu haben, für den er keinen Trost wußte.

Den nächsten Tag fuhr er wieder nach Bordeaux, immer unter Bewachung eines Soldaten, Lisbeth beerdigen.

Er wollte sie noch einmal sehen, doch der Sarg war schon zugenagelt. Ein roh gezimmerter Sarg aus Tannenholz, armselig nackt und klein, in dem all sein Glück lag, das er nicht wiedersehen durfte.

Der Sarg wurde in den Leichenwagen für Arme hineingeschoben, die Pferde zogen an und fort ging es über das holprige Pflaster, mit unbarmherzigem Schütteln, so schnell, daß Wilhelm und der Soldat kaum folgen konnten.

Der Kutscher hatte es eilig, konnte er doch auf kein Trinkgeld hoffen. Vielleicht war er beschämt, eine Deutsche zu Grabe zu fahren. Oder schämte er sich des jammervollen Leichenzugs?

Kein Kranz, keine Blume schmückte den Sarg. Nur Wilhelm und der Soldat, der ihn überwachte, folgten ihm, Wilhelm in seinen verschlissenen Kleidern, der Soldat in seiner verstaubten, abgenutzten Uniform.

Verwundert blieben die Leute in den Straßen stehen, die dem eilfertig fahrenden Leichenwagen begegneten. War es ein Verbrecher, den man zu Grabe fuhr? Und was bedeuteten dieser

mörden. Die Zeugin kennt Toifl sehr genau, da nach ihrer Angabe Toifl der Bezirksführer eines kommunistischen Bezirks gewesen sei. Nach den Vorträgen in den kommunistischen Versammlungen sei er oft noch an junge Leute herangetreten und habe sie direkt zu terroristischen Taten aufgefordert. Als die erwähnte Schröder-Mahnke eines Abends auf einer solchen Versammlung gewesen sei, habe Toifl geäußert: Das A . ., die Schröder-Mahnke ist da, wir müssen vorsichtig sein. In einer Versammlung sei auf seine Veranlassung beschlossen worden, zwei Leute, darunter einen auch schon genannten Faust, weil er ein Spitzel sei, umzubringen. Von einer solchen Aufforderung betr. die Schröder Mahnke weiß die Zeugin dagegen nichts.

Toifl selbst bestreitet der Zeugin gegenüber wiederum Auge in Auge die Richtigkeit ihrer Angaben und die Zeugin muß auch schließlich zugeben, daß nicht von einer „Ermordung" der Spitzel, sondern nur von einem „Verschwinden" seitens des Toifl gesprochen worden ist.

Ueber die Qualität des Toifl bekundet noch die Zeugin Meyer: Sie habe den Toifl zuerst für einen anständigen Menschen gehalten. Das habe sich aber geändert, seitdem er erzählte, daß er den Ueberfall auf den Diamantenhändler Orlowski bei Friedrichshagen arrangiert und angeführt habe. Toifl habe dabei auch mitgeteilt: er habe noch eine große Sache vor; wenn diese gelingt, dann ist ein großer Spitzel erledigt. — Zeuge Toifl tritt den Behauptungen des Zeugen Meyer entgegen und erklärt auch die Aussagen der Zeugin Meyer für unwahr. — Vors.: Ich frage Sie nochmals ganz bestimmt: Sind Sie an der Ermordung des Inspektors Blau in irgendeiner Weise direkt oder indirekt beteiligt? Sie können darauf die Antwort verweigern. — Toifl: Ich bin in keiner Weise daran beteiligt und habe davon erst durch die Zeitung erfahren.

Nachdem Frau Toifl, die Ehefrau des Vorzeugen, vernommen ist, entrollt der Vater des Angeklagten Fichtmann dem Gerichtshof mit großem Nachdruck sein kommunistisches Glaubensbekenntnis und bemerkt dann: Toifl habe sich in sein Vertrauen einzuschleichen gewußt und mit ihm zusammen gearbeitet bei der Verteilung antimilitaristischer Flugblätter usw. Dabei habe Toifl sich immer bemüht, in provokatorischer Weise zur Aktion zu drängen. Er habe sogar die Idee gehabt, ein Exekutivkomitee zu gründen. Der Zeuge schildert dann in Entrüstung, wie er selbst von der Lüttwitz-Gruppe verfolgt worden sei, wie man seine Kinder an die Wand habe stellen wollen und sein allerjüngstes mit dem Tode bedroht habe; da habe ihn Toifl aufgefordert, diese Bande doch zu vernichten. Der Zeuge kam zu dem Schlusse, daß Toifl ein hinterhältiger, verlogener Mensch sei.

Ein Zeuge, Arbeiter Erwin Thun, auf den sich die Verteidigung beruft, sagt u. a. aus: Es habe bei den Kommunisten eine Militärpolizeiabteilung bestanden, die den Auftrag hatte, zu erforschen in den Kasernen, wieviel Geschütze, Proviant, Telegraphendrähte usw. vorhanden wären. Da sei eines Tages die Beschlagnahme des Materials, der Listen usw. dieser Abteilung erfolgt und die Veranlassung dazu wurde dem Faust zugeschoben. Da habe Toifl ihn aufgefordert, den Faust zu erschießen. Faust habe dann Schutz bei Fichtmann gefunden, der ihn bei sich aufgenommen und ihn vor den Verfolgungen des Toifl geschützt habe. Toifl habe sich überhaupt stets sehr aufreizend gezeigt, er sei auch derjenige, der den mehrfach beregten Eid den Kommunisten abnehmen wollte. — Toifl erklärt dies alles für erfunden.

Die Rechtsanwälte Liebknecht und Dr. Weinberg stellen nach der Vernehmung des Zeugen Schmidt verschiedene Fragen an den Zeugen Toifl, um zu ergründen, wo er beschäftigt ist, ob er einer Institution oder Organisation angehört, deren Aufgabe es sei, die kommunistische Partei zu Taten zu verleiten, die mit ihrer Theorie und Praxis in Widerspruch stehen und darauf gerichtet sind, politisch unbequeme Personen um die Ecke zu bringen, ob er in dem „Bureau", von dem er spreche, als Kaufmann tätig sei, ob er für die Pinkerton-Gesellschaft arbeite u. dergl. mehr. — Die Bemühungen der Verteidiger nach dieser Richtung sind aber vergebens, denn der Zeuge erklärt bei den meisten der Fragen, daß er die Aussage verweigere, weil er eine Gefährdung seiner persönlichen Sicherheit befürchten müsse.

Der Zeuge Toifl wird vereidigt, da der Gerichtshof ihn der Teilnahme an der Ermordung des Blau nicht für verdächtig hält.

Nachdem die Beweisaufnahme nunmehr fast ganz erschöpft ist, sollen die medizinischen Sachverständigen vernommen werden.

Der Sachverständige Dr. Kornfeld begutachtet: Es liegen keinerlei Anzeichen dafür vor, daß Hoppe zur Zeit der Begehung der Tat, wenn er sie begangen hätte, oder auch jetzt unter dem Einfluß einer Gehirnkrankheit gestanden habe oder noch stehe. In psychischer Beziehung zeigen sich aber bei Hoppe doch eine Reihe von Zeichen, die ihn als einen von dem Durchschnitt abweichenden Menschen erkennen lassen. Dazu gehören ein gewisser Gefühlsüberschwang, ein hysterischer Einschlag und seine großen hypnotischen Eigenschaften und deren Betätigung. Der Sachverständige knüpft hieran einen langen interessanten Vortrag über das Wesen der Hypnose und Suggestion, und die Beurteilung der Tätigkeit solcher Personen von krankhafter Suggestivität bei kriminellen Vorgängen müsse doch dahin gehen, daß solche Personen nicht die volle Ueberlegungsfähigkeit normaler Menschen haben. § 51 des Strafgesetzbuchs treffe nicht zu, ebensowenig bei Fichtmann. Dieser sei erblich außerordentlich stark belastet, ein hysterischer, leicht aufbrausender Mensch mit anormalem Nervensystem. Geisteskrankheit liege nicht vor, aber auch er habe nicht die Ueberlegungsfähigkeit eines Vollsinnigen.

Sachverständiger Sanitätsrat Dr. Lehnsen kommt nach seinem ausführlichen Gutachten zu dem Schlusse: Hoppe ist ein gutes Medium; er ist weder geistig krank noch vermindert zurechnungsfähig, er ist im Vollbesitz seiner geistigen Kräfte, und seine Ueberlegungsfähigkeit ist nicht zu bezweifeln. Er bestreitet auch entschieden, daß es sich hier um eine in der Autosuggestion verübte Tat handeln könne. Wegen der vorgerückten Zeit wird die Verhandlung hier abgebrochen. Die Gutachten des Professors Dr. Strauch und des Dr. Hirsch sollen am Sonnabend folgen.

Die Verhandlung wird hierauf auf Sonnabend, 9½ Uhr vertagt. —

Nach Eröffnung der Verhandlung am Sonnabend gibt Professor Dr. Strauch sein Gutachten über den Geisteszustand der Angeklagten Fichtmann und Hoppe ab. Das Gutachten kommt zu dem Schlusse, daß bei beiden Angeklagten kein Anhalt dafür gegeben ist, den § 51 des Strafgesetzbuchs anzuwenden. Bei Hoppe ist dem Sachverständigen insofern ein gewisser seelischer Defekt nach beiden Richtungen hin aufgefallen; daß er keinerlei Mitleid über die doch furchtbare Tat geäußert hat und daß er merkwürdig vertrauensselig gewesen ist, da er nach seiner Angabe doch mit vier bis sieben Leuten bei dieser ganzen Affäre gehandelt haben will, die ihm unbekannt sein sollen. Hoppe sei in der Tat leicht hypnotisierbar, der Sachverständige bezweifelt aber doch, daß ein normaler Mensch im Wege der Hypnose und Suggestion zum Morde bewogen werden kann.

Auch Gefängnisarzt Dr. Hirsch kommt nach seinem längern begründeten Gutachten zu dem Schlusse, daß § 51 bei beiden Angeklagten nicht anwendbar, Fichtmann aber als Hysteriker anzusprechen sei. Bezüglich des Hoppe bestätigt auch dieser Sachverständige, daß Hoppe kein menschliches Gefühl über die Ermordung bekundet habe und daß er, wenn er an der Tat aktiv beteiligt sein sollte, nicht im Zustande der Bewußtlosigkeit dabei gewesen ist. Dr. Hirsch bejaht auf Vorschlag des Vorsitzenden noch, daß sowohl bei Fichtmann als auch bei Hoppe von einem Mangel an Ueberlegungsfähigkeit nicht die Rede ist.

Zur Erledigung steht noch der von der Verteidigung bezüglich des Schreiber gestellte Beweisantrag. Dieser geht dahin: Schreiber soll über folgende Punkte vernommen werden: er sei als Lockspitzel in München tätig gewesen, habe die Beseitigung des unbequemen Blau übernommen, den Blau über Magdeburg nach Berlin gebracht, hier die Ermordung betrieben und habe selbst allein oder mit andern die Tat ausgeführt, nicht aber die Angeklagten.

Nach der Mittagspause verkündet Landgerichtsrat Joël den Beschluß des Gerichts dahin: Der Antrag der Verteidiger bezüglich des Schreiber wird abgelehnt. Soweit Schreiber als Zeuge bekunden soll, daß er mit andern die Tat begangen hat, wäre seine Aussage ein ungeeignetes Beweismittel, denn wenn er es verkünden würde, würde dadurch seine Glaubwürdigkeit aufgehoben werden.

Der Vorsitzende will nun die Beweisaufnahme schließen, die Verteidiger kommen jedoch noch mit einem neuen Beweisantrag. Sie behaupten, gegen Toifl 1919 ein Verfahren wegen Erpressung anhängig gewesen und Toifl nach der Stadtvogtei gebracht worden. Dann sei aber vom Kommando Lüttwitz an den Oberleutnant Graf Westarp der Befehl ergangen, den Toifl sofort aus dem Gewahrsam abzuholen. Wenn dies bewiesen wird durch Vorlegung der Akten und nochmalige Vorladung des Toifl, so würde dies auch ein Beweis dafür sein, daß die Militärbehörde nicht nur eine Straftat nicht verfolgt, sondern verhütet hat, daß die Straftat geahndet wird.

Staatsanw.-Rat Dr. Ortmann: Dann muß ich doch unbedingt darauf bestehen, daß die Sache restlos aufgeklärt wird; dann muß ich darauf bestehen, daß Toifl nochmals uns vorgeführt wird, daß Graf Westarp vernommen wird, die Akten herbeigeholt werden usw. Unter diesen Umständen würde dann wohl die Beweisaufnahme wohl noch die ganze nächste Woche dauern. Es entwickelt sich hierüber ein längerer Meinungsaustausch, bei welchem ein Geschworner erklärt, daß es für ihn doch wichtig sei, daß Toifl noch einmal vorgeladen werde. In der weitern Aussprache hierüber wird ein Ausweg dahin gefunden, daß die Verteidiger erklären, auf den Vorgang nicht zurückkommen zu wollen und den Geschwornen anheimgegeben wird, diese Angelegenheit aus ihrem Gedächtnis zu streichen. Die Verteidiger behalten sich vor, wenn der Staatsanwalt auf alle Fälle den Toifl zum Montag noch einmal ladet, dann die Beweisaufnahme noch einmal eröffnen zu lassen.

Der Vorsitzende schließt hierauf vorläufig die Beweisaufnahme.

Die Schuldfragen sollen für Fichtmann und Hoppe auf Mord, Totschlag (evtl. mildernde Umstände bei Totschlag), Beihilfe zum Mord oder Totschlag; für Winkler nur auf Beihilfe zum Mord oder Totschlag formuliert werden. Auf Antrag der Verteidiger soll noch eine Hilfsfrage auf Grund des § 139 hinzugefügt werden: ob die Angeklagten schuldig sind, von dem Vorhaben eines gemeingefährlichen Verbrechens zu einer Zeit, in welcher die Verhütung des Verbrechens möglich war, glaubhaft Kenntnis erhalten und es unterlassen zu haben, der Behörde oder der durch das Verbrechen bedrohten Person zur rechten Zeit Anzeige zu machen. Die Fragen sollen in der endgültigen Formulierung am Montag verlesen werden.

Der Vorsitzende vertagte die Verhandlung auf Montag 9½ Uhr zur etwaigen Fortsetzung der Beweisaufnahme und Entgegennahme der Plädoyers. —

Provinz und Umgegend.

Kreis- und Gemeindeverband.

Der Verband der Kreise und Gemeinden im Regierungsbezirk Magdeburg hat eine Namensänderung vorgenommen. In den letzten Wochen sind ihm zahlreiche Kreise und Gemeinden aus den Regierungsbezirken Erfurt und Merseburg und aus Anhalt beigetreten. Der Anschluß einer weitern Anzahl von Verwaltungen aus diesen Bezirken steht in sicherer Aussicht. Nachdem so die ursprünglichen Grenzen erweitert worden sind, nennt sich die Organisation jetzt „Verband der Kreise und Gemeinden in der Provinz Sachsen und dem Freistaat Anhalt". Es hat sich herausgestellt, daß das wirtschaftlich zusammenhängende Gebiet Mitteldeutschlands mit der mittlern Elbe, der Saale und ihren Nebenflüssen auch für die kommunalen Arbeitgeber die gegebene Grundlage eines Zusammenschlusses bildet, wie ihn die privaten Arbeitgeber in ihren mitteldeutschen Bezirksverbänden längst besitzen. Diese Bestrebungen sind zum großen Teil diktiert von der aus einer genauen statistischen Bearbeitung hervorgehenden wesentlichen Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse in dem gedachten Gebiet.

Der so erweiterte Kommunalverband bildet jetzt einen Unterverband in dem vor wenigen Wochen gegründeten Arbeitgeberverband deutscher Gemeinden und Kommunalverbände, der sich auf das ganze Reich erstreckt. Der Zweck des Verbandes ist es, unter vertrauensvollem Zusammenarbeiten mit den Beamten, Angestellten und Arbeitern der Gemeinden die allgemeinen Arbeitgeber-Interessen der letztern zu vertreten, besonders alle grundsätzlichen Fragen des Anstellungs- und Arbeitsvertrags einheitlich zu regeln und Streitigkeiten zwischen den Gemeinden und deren Arbeitnehmern zu schlichten. Der Verband für unsern Bezirk hat seine Nützlichkeit schon dadurch bewiesen, daß er in den letzten Monaten Tarifverträge mit den zuständigen gewerkschaftlichen Organisationen der Gemeindearbeiter, der Bureauangestellten usw. abgeschlossen und die Besoldungsreglung der Beamten vorbereitet hat. Durch diese zentralen Vereinbarungen wurden in den einzelnen Gemeindeverwaltungen Verhandlungen unnötig. Außerdem wurde vermieden, daß die Reglung der Anstellungs- und Arbeitsbedingungen verschiedenartig ausfiel. —

Gebt für die Geschädigten in Mansfeld.

Ein verheerendes Unwetter, das Ende Mai das Gebirgsstädtchen Mansfeld heimsuchte und über das wir eingehend in der „Volksstimme" berichteten, hat 25 Häuser im Innern vollständig, etwa 70 andre in geringerem Umfang zerstört, unzählige Gärten und große blühende Obstplantagen verwüstet und das Hab und Gut von 400 Familien und kleinen Gewerbetreibenden bis zum letzten Hausrat unter ungeheuern Schlammassen begraben und vernichtet. Ein großer Teil der unglücklichen Einwohner ist obdachlos, jeder Habe beraubt, ohne Wäsche, Kleidung und Nahrungsmittel. Das Elend ist groß und schleunige Hilfe dringend geboten.

Deshalb hat sich ein Hilfsausschuß gebildet, der neben dem Eingreifen des Staates und öffentlicher Verbände den bewährten Opfersinn aller Angehörigen unsrer Provinz ohne Unterschied der Partei zur Betätigung aufruft, um Gaben aller Art, besonders Wäsche, Kleidung, Schuhwerk, Hausrat und Küchengerät jedweder Art, Nahrungsmittel und Seife, vor allem aber auch Geld für die Notleidenden zu beschaffen.

Geldspenden nehmen die Regierungshauptkassen, die Kreiskassen oder die Kommunalkassen entgegen, Gegenstände, Nahrungsmittel usw. sind unmittelbar an den Kreisausschuß des Mansfelder Gebirgskreises in Mansfeld zu richten. —

Verstärkte Stockholz- und Torfgewinnung.

Infolge der starken Nachfrage nach Feurungsmitteln im letzten Winter sind nicht unerhebliche Holzmengen als Brennholz verwendet worden, die bei normaler Ausnutzung Nutzholz ergeben hätten. Da der Wiederaufbau der heimischen Wirtschaft die Zuführung des zu Nutzholz geeigneten Holzes dringend erfordert, wird im kommenden Winter eine sorgsamere Haushaltung des Holzes Platz greifen müssen. Die unbedingt notwendige Steigerung der Kohlenerzeugung bedingt, daß das zu Grubenholz geeignete Holz, soweit wie irgend möglich, dem Bergbau zugeführt wird.

Diese Erwägungen veranlaßten den preußischen Landwirtschaftsminister, Genossen Braun, die Regierungen vor kurzem anzuweisen, im Laufe des Sommers der Stockholzgewinnung ihre besondere Aufmerksamkeit zu widmen und dahin zu wirken, daß namentlich die in der Nähe des Waldes wohnende Bevölkerung durch Gewinnung von Stockholz sich Brennstoffvorräte für den Winter beschafft. Zugleich beauftragte der Minister die Regierungen, die Torfgewinnung in den dazu geeigneten forststaatlichen Mooren in weitestgehendem Maße zu fördern. —

Gesetzliche Reglung der Ziegenbockhaltung.

Der Pressedienst des Landwirtschaftsministeriums gibt bekannt: Mit der erfreulicherweise in den letzten Jahren zu verzeichnenden Vermehrung der Ziegen hat die Entwicklung der Leistungsfähigkeit nicht Schritt halten können. Diese Erscheinung wird zu einem Teile wohl auf eine oftmals ungenügende Ernährung zurückzuführen sein, im wesentlichen aber ist sie jedoch eine Folge der vielfachen Verwendung von zur Zucht ungeeigneten Vatertieren und des in manchen Oertlichkeiten bestehenden Mangels an zuchtbrauchbaren Böcken.

Um den der Zucht hieraus erwachsenden Schäden vorzubeugen, hat das Ministerium für Landwirtschaft einen Gesetzentwurf zur Herbeiführung einer gesetzlichen Reglung der Ziegenbockhaltung für das gesamte preußische Staatsgebiet ausgearbeitet. Der Entwurf, der sich inhaltlich eng an das bereits seit 1909 für die Provinz Hessen-Nassau bestehende Gesetz anlehnt, geht bereits in den nächsten Tagen der Preußischen Landesversammlung zu. Es handelt sich um ein Rahmengesetz, das sich auf zwei grundlegenden Vorschriften aufbaut, nämlich:

1. der Verpflichtung der Gemeinden, eine dem Bedürfnis entsprechende Zahl von zuchttauglichen Ziegenböcken anzuschaffen und zu unterhalten, sofern die in der Gemeinde zum Decken gehaltene Zahl von zuchttauglichen Böcken nach der Zahl der vorhandenen Ziegen eine ungenügende ist, und
2. der Verpflichtung der Bockhalter, nur solche Böcke zum Decken fremder Ziegen zu verwenden, die als zuchttauglich befunden und angekört sind.

Da der ungleiche Stand der Ziegenzucht in den verschiedenen Provinzen wahrscheinlich eine verschiedene Fassung der Körordnung erforderlich machen wird, sind nähere Bestimmungen über die Körung in das Gesetz nicht aufgenommen worden. Der Erlaß der Körordnung wird daher nach dem Entwurf den Regierungspräsidenten übertragen, ihnen aber gleichzeitig zur Pflicht gemacht, die zuständige Landwirtschaftskammer zu hören, um so der gesetzlichen Vertretung der beteiligten Kreise Gelegenheit zu geben, ihren Einfluß bei dem Zustandekommen der Körordnung geltend zu machen. —

Kreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben.

Groß-Ammensleben, 5. Jul. (Arbeiterjugend.) Ueberall macht die Arbeiterjugendbewegung Fortschritte. Auch in unserm Ort will sich nun die Arbeiterjugend zusammenschließen. Am Dienstag abend 8 Uhr findet die Gründungsversammlung im Parteilokal statt, zu der der Bezirks-Jugendleiter erscheinen wird. Alle Jugendliche und auch die ältere Arbeiterschaft müssen sich einfinden. —

Kreis Quedlinburg-Aschersleben-Kalbe.

Gnadau, 5. Juli. (Viel Lärm um nichts.) Klatsch und Feindschaft hatten zu einer Beleidigungsklage eines Mieters gegen die Hauswirtin Emma Stäglich geführt. In der Schöffengerichtsverhandlung in Schönebeck machte ein 14jähriger Schmiedelehrling eine die Frau Stäglich entlastende Zeugenaussage, die er aber im zweiten Termin widerrief mit der Behauptung, er sei von Frau Stäglich zu einer günstigen Aussage verleitet worden. Wegen Anstiftung und versuchter Verleitung zum Meineid kam deshalb die Frau auch vor das Schwurgericht. Sie bestritt entschieden, die ihr in den Mund gelegten Beleidigungen getan zu haben. Auf den Lehrling will sie in keiner Weise beeinflussend eingewirkt, ihn vielmehr ermahnt haben, nur die Wahrheit zu sagen. Die schwankenden Aussagen des jungen Zeugen hielten die Geschworenen nicht für ausreichend, um daraufhin jemand ins Zuchthaus zu schicken. Deshalb sprach das Gericht die Angeklagte, die kurz vor der Urteilsverkündung noch einen schweren Ohnmachtsanfall bekam, von der schweren Anklage frei. —

Schönebeck, 5. Juli. (Eine Elternbeirats-Versammlung) der Knaben-Volksschule fand im Beisein des Lehrerkollegiums statt. Es wurden sehr wichtige Fragen des Schulbetriebs behandelt. Ein Antrag soll beim Magistrat gestellt werden, daß Schüler bei Ausflügen und zum Baden unter Aufsicht von Lehrern die Elbbrücke unentgeltlich passieren können. Es wurde noch Klage über den Mangel an Anstand und über die Beschädigung von Anlagen durch Schulkinder geführt. Auch die Eltern sollen auf die Kinder nachdrücklichst einwirken, daß die Jugend Ausschreitungen unterläßt. Von der Polizei verlangte man mehr Mithilfe, um diese Auswüchse einzudämmen. Es sollen in der nächsten Zeit größere Eltern-Versammlungen dieserhalb stattfinden. Bei Besichtigung der Schule machten die Abortanlagen einen schlechten Eindruck, die Reinlichkeit ließ zu wünschen übrig. Dem Schulkastellan kann man keine Schuld beimessen, weil Schule und Turnhalle dauernd in Betrieb sind. Trotzdem muß aber Abhilfe geschafft werden. —

(Fortsetzung des redaktionellen Teils nächste Seite.)

Arme und dieser Soldat, die mit großen Schritten hinterher gingen?

Endlich waren sie vor dem evangelischen Friedhof.

Lisbeth war protestantischen Glaubens gewesen, und wenn sie auch schon seit langem in keiner Kirche gewesen war, so wußte Wilhelm, daß sie in ihrem Herzen gottesgläubig geblieben war. Aber er hatte kein Geld, um einen Geistlichen zu bezahlen.

Eine feierliche Stille zwischen den Zypressen und Blumen empfing sie, als sie den kleinen Friedhof, droben an der Rue Judaique, betraten. Ja, da mochte sie wohl gut ruhen, wenn auch in fremder Erde.

Auf den Grabsteinen waren viele deutsche Namen zu lesen.

So wird sie doch nicht ganz fremd und verlassen sein.

In einer Ecke an der Friedhofsmauer, abseits von den gepflegten Wegen und den schönen Grabsteinen, wurde sie begraben.

Wilhelm und der Soldat mußten helfen, den weißen Tannensarg hinablassen.

Und dann ward es still.

Wilhelm war zu Füßen des offenen Grabes getreten. Der Soldat und die zwei Männer, die den Sarg getragen hatten, entblößten die Häupter.

Wilhelm bückte sich, um drei Handvoll Erde auf den Sarg zu werfen. Doch da verließ ihn die Kraft.

Er sank in die Knie, und die Hände eingekrallt in der feuchten Erde, schrie er sein Weh hinaus, in ein stoßweißes Schluchzen. Er sah hinab in das gähnende Loch, in dem der Sarg stand, armselig klein, dessen Nacktheit keine Blume und keine Schleife milderten.

Da lag sie drinnen, eingehämmert und eingenagelt, tot und starr, für immer von ihm geschieden.

„Lisbeth! Lisbeth! Laß mich nicht hier, laß mich nicht allein!"

Er sprach Deutsch mit ihr, als könnte sie ihn so besser hören.

Und dann schlug er die Hände vor das Gesicht, preßte sie auf den Mund, um die fürchterlichen Schreie zu dämpfen, zu ersticken, denn sein getretenes Herz schrie und bäumte sich.

Und die harten Männer, die seine Worte nicht verstanden, die so viele Tote begraben hatten, sie weinten mit ihm. Denn noch hatten sie kein so elendes Grab und keinen so hoffnungslosen Schmerz gesehen.

Abends erzählte der Soldat, der Wilhelm begleitet hatte, seinen Kameraden von dem Begräbnis. „Und wenn es auch eine Deutsche war," schloß er, „so ist es doch eine Schande. Man begräbt keinen Hund so. Und schließlich war sie eine Frau und eine Mutter, wie die meine."

(Fortsetzung folgt.)

Regenschirme
werden schnell und sauber repariert
Oscar Jacob, Schirmfabrik
Breiteweg 44. 157

Kreis Wanzleben.

Landarbeiter und Steuer.

Die Bezirkskonferenz des Deutschen Landarbeiterverbandes in Schleibnitz, die stark besucht war, nahm folgende Entschließung gegen den Lohnabzug an:

In Anbetracht der traurigen Lage der Landarbeiter bitten wir die Finanzbehörden höflich, aber dringend, uns von der auferlegten Steuerlast wieder zu befreien, da unter keinen Umständen bei dem schon niedrigen Lohnsatz auch diese Last noch von dem Landarbeiter zu tragen ist. —

Kreis Jerichow 1 und 2.

Burg, 5. Juli. (Eine Demonstration) veranstalteten am Sonnabend vormittag die Arbeiter einiger Betriebe. Sie richtete sich gegen die hohen Lebensmittelpreise und gegen den zehnprozentigen Lohnabzug, kurzum man mußte der jetzt herrschenden allgemeinen Unzufriedenheit mal wieder Luft machen. Eine gemeinsame Betriebsratssitzung der Betriebsräte des Berlin-Burger Eisenwerks und der Munitionszerlegung G. m. b. H. hatten den Beschluß zur Ausführung dieser Demonstration gefaßt, und so versammelten sich denn die Arbeiter dieses und einiger andern Betriebe zu einem stattlichen Zuge von mehr als 2000 Personen. Es ging nach dem Paradeplatz, wo der Kommunistenführer und Reichstagskandidat August Heisinger eine kurze Ansprache hielt. Unter Ausschaltung jeder Parteipolitik solle die Kundgebung ein scharfer Protest gegen den Lebensmittelwucher sein. Man wählte dann eine Kommission, die mit dem Magistrat im Auftrag der Versammlung verhandeln sollte. Es wurde durch Abstimmung folgende Entschließung angenommen:

Die bevorstehende Festsetzung außerordentlich hoher Preise für Getreide, Kartoffeln, Vieh und Bekleidungsstücke läßt eine derartige starke Steigerung der Preise für die notwendigsten Lebens- und Bedarfsmittel erwarten, daß weiteste Schichten der Bevölkerung in die schwerste wirtschaftliche Bedrängnis geraten werden. Ringen infolge der wirtschaftlichen Krise und der damit verbundenen Arbeitslosigkeit schon jetzt weite Kreise im Kampfe um die Existenzmöglichkeit, so wird künftig ihre Lage durch die Unfähigkeit, diese hohen Preise überhaupt noch zu zahlen, aufs äußerste verschärft werden. Jede weitere Erhöhung der Preise für Lebensmittel, insbesondere der Preise für Brot, wie sie als Folge der in Aussicht genommenen Erhöhung der Getreidepreise auf 1580 Mk. usw. für die Tonne nebst der Frühdruschprämie von 200 Mk. bzw. 100 Mk. zu erwarten ist, würde unfehlbar eine Katastrophe herbeiführen. Die gesamte Arbeiterschaft von Burg legt daher gegen diese Preispolitik der Reichsregierung entschieden Verwahrung ein und verlangt von seiten des Landrats und Magistrats schärfstes Einschreiten gegen die für uns unerschwinglichen Preise für die notwendigen Lebens- und Bedarfsmittel. Die Arbeiterschaft fordert daher: „Sofortige Einsetzung einer Preisrevisionskommission, bestehend aus Vertretern des Magistrats, des Landratsamts und der einzelnen Betriebsräte.

Der Zug zog dann zum Rathaus, wo eine Abordnung die Entschließung überreichte. Von da aus ging es zum Landratsamt. Landrat Genosse Gebhardt hielt eine kurze Ansprache, worauf sich die Demonstranten in aller Ruhe entfernten. Die ganze Demonstration ging überhaupt in ruhiger Form vor sich. Allzu erhebend war sie gerade nicht, denn wenn 2000 Demonstranten eine recht ansehnliche Zahl sind, so hätte die Masse doch eine viel größere sein können, wenn es sich um eine einheitliche Aktion gehandelt hätte, die vom Ortsausschuß des Deutschen Gewerkschaftsbundes eingeleitet wäre. So war sie nur von einigen sogenannten „revolutionären Betriebsräten" arrangiert, die hofften, Lorbeeren dabei ernten zu können. Das Ganze war angelegt auf Effekthascherei. Und das ist das Verurteilenswerte dabei. Wir stehen der Sache an und für sich natürlich sympathisch gegenüber, wir hoffen auch, daß sie Erfolg haben möge, nur den eingeschlagenen Weg halten wir für verkehrt. Solche Aktion muß vom Kartellvorstand in die Hand genommen werden, um eine durchschlagende Wirkung zu erzielen. Die Arbeiterschaft sollte es sich in Zukunft also überlegen, ob sie sich dazu gebrauchen lassen will, den Anordnungen einiger Leute willenlos zu folgen. Es besteht die Gefahr, daß auch einmal mit der Arbeiterschaft Mißbrauch getrieben werden kann, wenn jeder Betriebsrat die Massen aus irgendeinem Grunde auf die Straßen schicken darf. Deshalb beteilige man sich in Zukunft nur noch an Veranstaltungen, die klar erkennen lassen, daß sie vom Gewerkschaftskartell ausgehen. —

Pechau, 5. Juli. (In öffentlicher Versammlung) sprach Genosse Mehling (Magdeburg) über die Lehren der letzten Reichstagswahl. Der Redner rechnete zunächst mit den rechtsstehenden Parteien scharf ab; kennzeichnete ihre „Fachminister" und ihre ganze Taktik in der Wahlbewegung. Aus Beispielen wies der Redner nach, wie die Sozialdemokratische Partei nach wie vor ihren alten sozialistischen Standpunkt vertritt und zielbewußt auf die Befreiung der Arbeiter hinarbeitet. Wenn nicht alles so geklappt hat, wie viele Parteigenossen wünschten, dann liegt es vor allem daran, daß eine ruhige Entwicklung nicht möglich war und daß die Parteigenossen nicht immer geschlossen hinter ihren Führern gestanden haben. Wir müssen einig sein und mit Vernunft unser Ziel zu erreichen suchen. Leider müssen wir aber feststellen, daß ein Teil der Arbeiter den Hetzreden der Reaktion Glauben geschenkt hat, während ein andrer Teil den Radikalen von links nachgelaufen ist in der Hoffnung, die U. S. P. wird nun ihre Versprechungen im Handumdrehen auch in die Tat umsetzen. Wie enttäuscht sind diese Wähler, daß die Unabhängigen nicht einmal den Versuch unternehmen, in der Regierung Vorteile für die Arbeiter herauszuholen, sondern daß sie von vornherein jede Mitarbeit ablehnen. Kann der Aufbau eines Hauses vorwärtsgehen, wenn die Erbauer andauernd mit Steinen beworfen werden von Zuschauern, die keine Lust verspüren, Hand anzulegen und das Volkswohl zu fördern. Republik und Demokratie können nur von der Sozialdemokratie geschützt werden. Deshalb sollte jeder Arbeiter treu zur alten Partei stehen, die auf dem richtigen Wege zum Sozialismus ist. In der Aussprache wurden Anfragen wegen Brotversorgung, Steuerabzug und Marburger Prozeß gestellt, die der Referent ausführlich beantwortete. Im Schlußwort forderte der Redner auf, unsre wichtigste Waffe, die Presse, zu unterstützen, eifrig für die „Volksstimme" zu werben und kräftig für die Partei zu agitieren. Dann können wir mit Ruhe in die Zukunft schauen.

Kreis Salzwedel-Gardelegen.

Salzwedel, 5. Juli. (Hochverratsprozeß.) Vor dem Reichsgericht hatte sich der Händler Gustav Spiegel wegen versuchten Hochverrats und Aufreizung zu verantworten. Er soll diese Straftat begangen haben in einer von ihm selbst einberufenen, in einer Wirtschaft in Salzwedel am 20. August 1919 abgehaltenen kommunistischen Versammlung. Die Anklage wirft ihm vor, daß er öffentlich vor einer Menschenmenge durch eine Rede und durch Verteilung eines kommunistischen Flugblattes „Der Soldat am Scheidewege" aufgefordert habe, die Verfassung des Deutschen Reiches gewaltsam zu ändern, und daß er ferner durch Verbreitung eines kommunistischen Flugblattes verschiedene Bevölkerungsklassen zu Gewalttätigkeiten gegeneinander aufgefordert hat. Der Angeklagte ist 16mal vorbestraft, darunter mehrmals wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt. Im Kriege wurde er sechsmal verwundet und erwarb sich wegen hervorragender Tapferkeit das Eiserne Kreuz. 10 Monate war er in Gefangenschaft. Der Angeklagte wurde nur wegen Aufreizung zu 1 Jahre 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Auf diese Strafe wurden 8 Monate der erlittenen Untersuchungshaft angerechnet. In der Urteilsbegründung wurde hervorgehoben, daß der Angeklagte in der fraglichen Versammlung eine Ansprache gehalten, zwei Flugblätter in größerer Anzahl ausgelegt und die Anwesenden aufgefordert hat, sie mitzunehmen und an Soldaten oder Zivilisten zu verteilen. Es ist auch festgestellt, daß ein Teil der Anwesenden solche Flugblätter genommen und verteilt hat. Das Gericht sah ein, daß eine Verurteilung wegen Aufforderung zum Hochverrat nicht erfolgen konnte, weil sich der Redner in der Versammlung der Tragweite seines Tuns nicht bewußt gewesen ist. Dagegen fand es in dem Inhalt des Flugblattes den Tatbestand der Anreizung. Mit Rücksicht auf die Gefährlichkeit der Aufforderung, die in jenen Tagen besonders schwere Folgen haben konnte und mit Rücksicht auf die Bildung des Angeklagten verhängte das Reichsgericht eine Gefängnisstrafe von 1½ Jahren. Wann wird man wohl einmal davon hören, daß ein deutschnationaler Hetzer wegen Aufreizung verschiedener Bevölkerungsklassen zu Gewalttätigkeiten gegeneinander von einem deutschen Gericht verurteilt ist? —

Burg. ◆ Sozialdemokratische Partei ◆ Burg.

Am Mittwoch den 7. Juli, abends 8 Uhr, spricht im

Konzerthaus

Reichstags-abgeordn. **Ferd. Bender**

über **Die Sozialdemokratie und der neue Reichstag.**

Kleine Chronik.

Ein großzügiger Volkspark in Altona. Einen idealen Volkspark hat die Stadt Altona in unmittelbarer Nähe der Trabrennbahn Bahrenfeld geschaffen — ein mannigfach gegliedertes, reich bewegtes Gelände mit weiten Rasenflächen, Sportplätzen, Kunst- und Nutzgärten sowie bergigen abwechslungsreichen Waldpartien, mit weiten Durchblicken ins Land hinaus. Eine große, von Linden umsäumte, mit herrlichem Birkenbestand geschmückte Spielwiese liegt am Eingang. Der Volkspark enthält den Zentralschulgarten mit einem landschaftlichen biologischen Teil, einer systematischen Abteilung, einer Kleingartenlehrstätte, Musterkleingärten und einen Dahliengarten. Eine Walderholungsstätte, einen Schützenhausplatz, eine Gedächtnisstätte für gefallene Altonaer und eine große Sportanlage (öffentliche Sportwiese, Planschbecken, mit Luft- und Lichtbadanlage, Stadion mit Uebungsplätzen für Fußball, Hockey und Tennis) wird der Park umfassen. Der Volkspark wurde nach den Plänen des Gartenbaudirektors Tutenberg und seines Mitarbeiters Nosler während der Kriegsjahre mit durchschnittlich 1000 Arbeitslosen ausgebaut. In der botanischen Anlage soll der naturwissenschaftliche Unterricht sämtlicher Schulen Altonas seine Pflegestätte erhalten. —

Die Hoffnung auf das „Dukatenmännchen". Die Stadt Goslar am Harz gibt seit kurzem einen in Zeichnung und Farbe gefällig ausgeführten 10-Pfennig-Schein heraus, auf dessen Rückseite das „Dukatenmännchen", eine kleine Holzfigur an dem Gildehaus der Goslarer Gewandschneider, abgebildet ist. Dieses „Dukatenmännchen" bietet sich dem Auge des Beschauers in drastischer Stellung bei einer sehr menschlichen Beschäftigung dar, deren Betrachtung in unsrer armen Zeit besonders deshalb erfreulich ist, weil das „Produkt" aus dieser Tätigkeit des Männchens ein ansehnlicher Haufen Dukaten ist. Zu dieser Abbildung hat die Goslarer Stadtverwaltung in mittelhochdeutscher Mundart folgende Ermahnung an das Dukatenmännchen gerichtet:

Dou Männeken deihst all dousend Jahr
An dissen einen Dukaten hucken,
O neihmest dou flettiger Deine Arbeit wahr,
Denn dousende könnt davon helle wat brouken.

Es dürfte noch mehr deutsche Stadtverwaltungen geben, die ein recht produktives „Dukatenmännchen" als Retter in der Not begrüßen würden. —

Der Kriegsgefangene mit den zwei Frauen. Unter den Wiener Heimkehrern vom 23. Juni befand sich auch der Dachdecker Karl B. Der Mann war seit 1910 verheiratet und hatte zwei Kinder, als er einrückte. Seine Batterie gehörte zur Besatzung der Festung Przemysl. Nach dem ersten Fall der Festung geriet B. in russische Kriegsgefangenschaft. Er wurde nach Irkutsk verschleppt und blieb dort. Seine Frau wußte, daß er in Irkutsk sei. Da erreichte ihn im Jahre 1916 ein Telegramm aus Wien, daß seine Frau gestorben sei. B. konnte und mußte sich für einen Witwer halten. Seitdem war er außer Verbindung mit der Heimat. Einige Monate später erkrankte er schwer. Aber unter den Schwestern war ein Mädchen aus der Umgebung von Irkutsk, das sich des Kranken sehr annahm und ihn mit wahrer Aufopferung pflegte. Hauptsächlich ihrer Sorgfalt verdankte er es, daß er mit dem Leben davonkam. Als B. wieder zu Kräften kam, empfand er eine tiefe Zuneigung zu seiner Pflegerin. Da er sich für einen Witwer hielt, heiratete er sie. Das war im Jahre 1918. Zwei Jahre lebte er in ungetrübter Ehe, aber immer sehnte er sich nach der Heimat. Als sich nun vor einigen Monaten die Gelegenheit ergab, nach Oesterreich zu kommen, trat er mit seiner zweiten Frau die Heimreise an. Wochenlang war das Ehepaar auf der Fahrt und endlich traf es in Wien ein. Der erste Weg des Mannes war der in seine alte Wohnung, und da harrte seiner eine große Ueberraschung: seine totgesagte Frau empfing ihn frisch und gesund mit ihren Kindern. Das Rätsel fand alsbald seine Lösung. In der nämlichen Baracke, in der er in Irkutsk interniert war, war auch ein gewisser Franz B. kriegsgefangen. Die Frau dieses Mannes ist, als er in Gefangenschaft war, gestorben. Als man ihn von dem Tode verständigen wollte, wurde irrtümlich statt an Franz B. an Karl B. depeschiert. Karl B. war in schwerstem Gewissenskonflikt. Von seiner jetzigen Frau, seiner Lebensretterin, wollte er sich nicht trennen, zumal er sie aus ihrer Heimat weit hergebracht hat, anderseits wollte er seine Kinder nicht verlassen. Er kam noch auf die Idee, seine zweite Frau seinem jüngern Bruder abzutreten, aber auch diesen Gedanken verwarf er. B.s erste Frau war selbstverständlich durch das Auftauchen einer zweiten Frau ihres Gatten sehr betroffen. Sie überließ schließlich die Entscheidung ihrem Manne. In seiner Gewissensnot ging er zum Polizeikommissariat und erstattete die Selbstanzeige wegen Bigamie. Der Polizeirat nahm seine Angaben zu Protokoll und wird den Sachverhalt der Staatsanwaltschaft mitteilen. —

Großer Spiritus-Schmuggel. In Duisburg ist es gelungen, eine Schmugglerbande zu ermitteln, deren Mitglieder, wie verlautet, angesehenen Handelskreisen angehören. Zuletzt haben sie für etwa 1½ Millionen Mark hochprozentigen Spiritus das Liter zu 18 Mark hereingeschmuggelt und für 91 Mark verkauft. Die Behörden haben unzweifelhaft festgestellt, daß auch belgische Offiziere dabei ihre Hand im Spiele hatten. So wurde die Ware unter dem Schutze belgischer Begleitpapiere vom Ausland hereingebracht. Diese Papiere waren vom belgischen Kapitän Vernon, der der Duisburger Schiffahrtsgruppe von der Entente zugeteilt war, unterzeichnet und mit sämtlichen Dienststempeln versehen. Ein Teil der Ware und des Geldes konnte beschlagnahmt werden. Die Haupttäter wurden verhaftet und auch wegen Landesverrats unter Anklage gestellt. Außerdem wurde ihr Vermögen bis zu 8½ Millionen Mark mit Beschlag belegt. —

Bombenanschlag auf ein Theater in Bulgarien. Die „Neue Freie Presse" in Wien meldet aus Sofia: Während eines Vortrags zugunsten der Opfer des bolschewistischen Terrors im Odeontheater in Philippopel explodierten mehrere Bomben, wodurch das Theater teilweise zerstört wurde. Unter den Trümmern blieben etwa 150 Leichen. Auf der Straße kam es zu Zusammenstößen zwischen den Demonstranten und der Polizei. Man vermutet, daß ein Attentat gegen den Ministerpräsidenten Stambulinski beabsichtigt war, dessen Besuch im Odeontheater erwartet wurde. —

Elternbeiräte der S. P. D.

Am Dienstag den 6. Juli, abends 7½ Uhr, in der Aula der Augustaschule, Listemannstraße

Sitzung

Ohne Ausweis kein Zutritt.

Theater, Konzerte ꝛc.

Besprechungen.

Konzert des Magdeburger Sängerbundes. Wer da gestern zu der „imposanten Kundgebung für das deutsche Lied", wie der Hinweis lautete, gezogen kam, wurde zunächst freundlich bewillkommnet durch einen „Sängergruß" des „Sangesbruders Strümpel", der die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen wollte, mit gedruckten Reimen in schönster Vollendung sein Handwerk und Geschäft den Sängern zu empfehlen. Ich nehme an, daß dieser würdige Empfang den Sängern wie dem Publikum keinen Abbruch in den idealen Gefühlen getan hat, die dem deutschen Lied entgegengebracht werden sollten. Ueberhaupt: deutsches Lied. Was ist heute deutsches Lied? Beethovens „Ehre Gottes aus der Natur"?, Hegars wässeriges „Deutsches Lied" ohne jede musikalische Kraft?, die Liedertafeleien von Breu „Sonntag ist's", von Abt „Abendglocken"? und Kummels im Datum verspätete „Ausfahrt"? Wenn das die würdigsten Repräsentanten des deutschen Liedes sein sollen, dann hat Strümpel recht mit seiner quasi Scheinwerfer-Reklame in den Pausen. Was die Aufführung im ganzen betrifft, so war leider sehr deutlich bemerkbar, daß das Sängermaterial sehr verschieden war, und Beethoven wie Weber doch hätten zurückgestellt werden müssen, das erste aus rein elementaren Gründen, das andre wegen der Modulation. Der quantitative Ausgleich in den Stimmen war scheinbar nicht gut möglich gewesen, wie der zweite Baß in der zu geringen Stimmzahl und der überstarke zweite Tenor erkennen ließen. Ein aus besseren Stimmen zusammengestellter kleiner Chor aus einem eben zusammengetretenen Massenchor ist doch auch nur ein Experiment und entbehrt meist in bezug auf den dadurch abgesonderten Teil des Liedes jeder Begründung. Was soll ferner die Zerreißung des Textes bei Kreutzers Lied: „Das ist der Tag — des Herrn"? Wohin sollen derartige Willkürlichkeiten führen? Leider mußte dies alles gesagt werden, denn das kritische Maß richtet sich selbstverständlich nach den Hinweisen, welche vom Sängerbund sehr viel versprachen, besonders wenn man erwägt, daß der Bund der Repräsentant der gesamten Sängerschaft Magdeburgs sein und die „Pflege des deutschen Liedes zu neuer Blüte" bringen will. Der Gesang dazu war da, aber es war ein etwas verfrühter Anfang, der sich schon in der scheinbar hastigen und anfechtbaren Zusammenstellung der Vortragsfolge zeigte. Die Vorträge waren sicher gut gemeint, aber das außerdem auf einen viel zu kleinen Raum beschränkte Publikum ging nicht mit. Dirigenten waren städtischer Kapellmeister Dr. Rabl, Lehrer Kupferschmidt und Musikdirektor Grunewald. — G.

Mitteilungen der Direktionen.

Städtische Theater. Viktoria-Theater. Heute Dienstag und Mittwoch Gastspiel des Herrn Ludwig Barg und Frau Martha Schild-Barg „Fahrt ins Blaue". — 149

Vereins-Kalender.

Wird nur gegen Vorausbezahlung, die Zeile 50 Pfg., aufgenommen.

Verband der Sattler und Tapezierer. Am Donnerstag den 8. Juli abends 7½ Uhr, Versammlung bei Korte, Margaretenstraße 1. [211

Freie Volksbühne Magdeburg. Dienstag den 6. Juli, abends 7 Uhr, Generalversammlung im „Wilhelmspark", Editharing 40. [211

A.-V.-V., Kreis 4, Bezirk 2. Mittwoch den 7. Juli, abends 8 Uhr, Sitzung der Vorstände und Schwimmwarte in der Badeanstalt S.-E. Elbe. [211

Schönebeck. Gewerkschaftskartell. Am Dienstag den 6. Juli, abends 7½ Uhr, Sitzung im „Stadtpark" (kleiner Saal). [211

Wasserstände.

+ bedeutet über, — unter Null.

Elbe.		Fall	Wuchs	Mulde.		Fall	Wuchs
Pardubitz	4. 7.	+ 0,22	—	0,62	Düben	5. 7.	—	—	—
Brandeis	„	—	—	—	**Saale.**				
Melnik	„	+ 0,86	—	0,14	Grochlitz	5. 7.	+ 0,89	—	0,15
Leitmeritz	„	+ 0,92	—	0,18	Trotha	„	+ 1,62	—	0,01
Aussig	„	—	—	—	Bernburg Ktp.	„	+ 0,75	—	0,15
Dresden	5. 7.	— 0,79	—	0,23	Kalbe Oberpegel	„	+ 1,49	0,05	—
Torgau	„	+ 1,12	—	0,36	Kalbe Unterpegel	„	+ 0,14	0,00	—
Wittenberg	„	+ 1,83	—	0,32	Grizehne	„	+ 0,28	0,01	—
Roßlau	„	+ 0,97	—	0,09	**Havel.**				
Aken	4. 7.	—	—	—	Brandenburg Oberpegel	4. 7.	+ 2,00	0,02	—
Barby	5. 7.	+ 1,01	0,05	—	Brandenburg Unterpegel	„	+ 0,78	—	—
Magdeburg	„	+ 0,85	0,01	—	Rathenow Oberpegel	„	—	—	—
Tangermünde	„	+ 1,48	—	0,12	Rathenow Unterpegel	„	—	—	—
Wittenberge	„	+ 1,11	—	0,04	Havelberg	„	+ 1,60	—	—
Lenzen	4. 7.	—	—	—					
Dömitz	„	+ 0,58	0,01	—					
Darchau	3. 7.	—	—	—					
Bolzenburg	4. 7.	—	—	—					
Hohnstorf	5. 7.	+ 0,62	0,01	—					

Wettervorhersage.

Dienstag den 6. Juli: Zeitweise wolkig, etwas kühler, zeitweise Regen, vereinzelt noch Gewitter. —

Meister Lampe — beliebter — **Rauchtabak.**

Jetzt wieder geöffnet!

Sorgers Gelegenheitskauf

3 Jakobstraße 3 — 3 Jakobstraße 3

1517 Große Auswahl in

Herren-, Burschen-, Knaben- und Kinder-Anzügen sowie **Hosen u. Arbeiter-Konfektion** zu besonders günstigen Preisen.

3 Jakobstraße 3 **Sorgers Gelegenheitskauf** 3 Jakobstraße 3 288

Ein Vergnügen ist es die Schuhe mit Diamantine zu putzen

Diamantine

ist wieder in bester Qualität zu haben!

Fabr. Rud. Hayne, Melle i. H.

Dickel Mitesser

Sommersprossen, Röte, überh. alle Hautunreinheiten beseitigt überraschend schnell **„Creme Elma"**. Wirkt selbst in veralteten Fällen mit glänzendem Erfolg und verschafft **blendend reinen Teint.** Viele Dankschreiben. Preis Mk. 4.75, Doppeldose Mk. 7.50. Versand diskr. nur K10

Dr. K. Hoffmann & Co., Berlin-Schönsberg E 35

Abbruch Weidenstr. 10

Größere Posten gebr. **Mauersteine u. Mauersteinstücke,** 300 cbm **Balken u. Dachholz** zu verkaufen.

1546

Gust. Stieger

Agnetenstraße 11/12 Tel. 7395. 1546

Warzen

Spezialmittel

Hof-Apotheke

Breiteweg Nr. 158, am Ulrichsbogen. 1600